

Bezugspreis:

Wochensatz 30.—, Monatlich 10.—, Vierteljährlich 30.—, halbjährlich 55.—, jährlich 100.—, für das Ausland bei monatlich einmaliger Zahlung 120.—, für das übrige Ausland bei monatlich einmaliger Zahlung 130.—, für die Postgebühren in Deutschland, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Jugoslawien, Schweden und die Schweiz. — Einzelnummern in die Postzeitung-Veranstaltung.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 20. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Lloyd George über Spa.

London, 19. Juli. (T.M.) Bei einem Bankett zu Ehren englischer und amerikanischer Pressevertreter triffte Lloyd George seine Eindrücke über die Verhandlungen der Konferenz von Spa mit. Er sagte, daß nach der Ansicht aller Teilnehmer die Konferenz einen bedeutenden Erfolg der Alliierten darstelle. Trotz der vorhandenen Schwierigkeiten haben wir einen Schritt vorwärts auf dem Wege zum Frieden und zur Aufschonung getan. Die beiden Parteien haben nunmehr eine vertiefte Kenntnis der Probleme, die sie noch lösen müßten. Auf die Frage, was geschehen würde, wenn die deutsche Regierung gescheitert werden sollte, erklärte Lloyd George, daß eine solche Lage als außerordentlich zu betrachten sei und die ganze Aufmerksamkeit der Alliierten erheischt. Lloyd George bezeichnete die Entwaffnungsfrage als die bedeutendste, hinter der die Kohlenfrage erheblich zurückstehe. Ueber die Haltung befragt, die die deutsche Delegation gegenüber dem Bolschewismus zeigte, erklärte Lloyd George, daß seinen Eindrücken nach die deutschen Vertreter den Bolschewistischen Lehren fernstehen. (Um die tiefste Entschiedenheit zu machen, daß Fehrenbach, Simons, Scholz, Gehler usw. dem Bolschewismus fernstehen, braucht man wirklich nicht Lloyd George zu sein. Dies interessanter als diese Erklärung ist allerdings die Tatsache, daß es einen Journalisten gegeben hat, der diese blöde Frage überhaupt stellte! Die Red.) Im allgemeinen lasse sich sagen, daß die deutsche Delegation bemüht war, die Grundlage einer Verständigung zu finden. Lloyd George lobte namentlich die geschickte und tapferen Art und die Gründlichkeit des deutschen Reichsministers des Auswärtigen Dr. Simons.

Northcliffe gegen Lloyd George.

Die „Times“ (Northcliffe) greift Lloyd George heftig an und erklärt, der Premierminister habe die Einigkeit der Alliierten in Spa erheblich ins Wanken gebracht. Im Gegensatz zu den Alliierten habe er den Deutschen in der Kohlenfrage das Zugeständnis gemacht, daß die Deutschen ihre Kohlen besser bezahlt bekommen, wenn Deutschland sich bereit erklärt, Lieferungen von 2 Millionen Tonnen monatlich zu übernehmen. In diesem Falle werde auch die deutsche Mark höher steigen, während die belgische und französische sinken müßte. England habe für sich wegen der Kohlenlieferungen von Deutschland keine Bedingungen gestellt, da es von Deutschland keine Kohle bezieht. England hat nur einen Vorteil, wenn sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands

bessert. Lloyd George habe nur dahin gewirkt, daß die deutsche Tonnage England recht billig zufalle.

Poincaré höhnt.

Paris, 19. Juli. (T.M.) Im „Matin“ schreibt der ehemalige Präsident der Republik Poincaré: Die Deutschen zu einer konträdiktorischen Verhandlung über die Ausführung des Friedensvertrages einladen, konnte doch nur bedeuten, daß man ihnen zu verstehen geben wollte, daß man geneigt wäre, den Vertrag nicht voll auszuführen, und ihn zu ihren Gunsten abändern lassen wollte. Wenn man sich vor ihnen mit dem Delzweig im Schnabel wie Friedenstauben hinstellt, müsse dies sie natürlich in ihrer Arroganz und ihren Forderungen ermutigen. Poincaré hofft, daß einige der französischen Alliierten keine verlorene Aktion erhalten hätten. Vielleicht seien sie jetzt über die wirkliche Befassung der deutschen Regierung unterrichtet. Vielleicht hätten sie verstanden, daß die Sprache, deren man sich bedienen müsse, um mit Deutschland zu reden, die Sprache der Festigkeit und der Gewalt sei.

Genf, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Aouvelliste“ (Lyon), der bisher besonders laut die scharfe Tonart gegen die deutschen Vertreter zeigte, schreibt heute: „Wir glauben nicht an die Anwendung der Klausel, nach der wir in einigen Monaten das Ruhrgebiet besetzen und die Kohlenförderung selbst in die Hand nehmen können. Diese Klausel wird nicht in Kraft treten, weil England ein zu großes Interesse hat, uns vom Ruhrgebiet fernzuhalten. Die Klausel wird immerhin noch lange Druckmittel gegen Deutschland und als Lausdmittel gegenüber England und von Wert sein.“

Millerand selbst hat gestern und vorgestern verschiedene Vertreter der Presse empfangen und dabei bestätigt, daß er gewisse Zugeständnisse habe machen müssen, um die Vertreter Englands und Italiens nicht vor den Kopf zu stoßen.

Das Reichskabinett zu Spa.

Berlin, 19. Juli. (Amtlich.) Das Reichskabinett nahm heute nachmittag in Gegenwart des Reichspräsidenten die Berichte des Ministers des Auswärtigen, des Reichswirtschaftsministers und des Reichsernährungsministers über die auf die wirtschaftlichen Fragen bezüglichen Beschlüsse von Spa entgegen. An diese Berichte schloß sich eine mehrstündige eingehende Aussprache an.

truppen hatten die Bolschewisten in der Gegend von Sari geschlagen, sodah sie die Stadt räumen mußten, die die Bolschewisten aber jetzt wieder besetzt haben.

Horthy wagt Proteste!

Budapest, 19. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die ungarische Regierung beabsichtigt wegen der von der österreichischen Regierung unterführten Abreise Bela Kuhns und seiner Genossen nach Rußland in Wien einen energischen Schritt zu unternehmen. In der zu überreichenden Note soll darauf hingewiesen werden, daß die österreichische Regierung bei der Erledigung der wegen Kuhn und seiner Leute gestellten Auslieferung die ungarische Regierung absichtlich irregeführt habe. (Jeder Protest, den eine Vorherrscherregierung unternimmt, richtet sich von selbst. D. Red.)

Neue Zustände in Irland.

Amsterdam, 19. Juli. (T.M.) Nach einer Londoner Meldung wurde in der Nacht zum Sonnabend der Postzug Belfast-London durch bei Donaghmore von 100 bewaffneten maskierten Männern angehalten und dabei die amtliche Post geraubt. Bei Durrin Post ereignete sich ein ähnlicher Fall. (So bleibt diese Entwaffnung, Mr. Lloyd George?)

London, 19. Juli. (Meldung des Holländisch Neembureaus.) Offizielle Schriftstücke, die bei dem letzten Ueberfall auf das Postamt in Dublin geraubt worden sind, wurden beim Fizefönuig von Irland abgegeben. Sie tragen den Vermerk: „Geöffnet und genehmigt durch die irische Republik“.

Dublin, 19. Juli. (Meldung des Holländisch Neembureaus.) Etwa 12 bewaffnete Männer sind gestern in den Geogheganclub Cork eingedrungen und haben den Polizeikommissar Smith im Rauchzimmer erschossen. Ein Polizeioffizier wurde leicht verwundet.

Sachsen verbietet das Lotteriespiel. Aus Dresden wird gemeldet: Die Volkshammer hat in ihrer Monatsversammlung einen Antrag auf Erlass eines Verbotsgesetzes gegen das Lotteriespiel gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Nach der Konferenz.

Von Victor Schiff.

Der gemeinsame Informationsdurst und wohl auch die gemeinsame lange Weile trieb uns zusammen, als wir abwechselnd unter glühender Sonne und strömendem Regen stundenlang vor dem Schlosse La Fraineuze standen, hinter dessen Mauern das Schicksal der Welt geregelt wurde. Alliierte und deutsche Berichterstatter. Die gegenseitige strengste Reserve des ersten Vormittags war bald gebrochen. Jemand ein neutraler oder amerikanischer Korrespondent halte zwischen dem einen und dem anderen vermittelt. Oder man konnte sich von Berlin her? Oder von Versailles? Denn es standen vor dem Schlosse nicht nur Pressevertreter, sondern auch Geheimpolizisten und der Zufall wollte es, daß zwei dieser Herren, die uns einst im Hotel des Reservoirs beschützten, besser gesagt bewachten, diesmal in edlerer Mission dem persönlichen Schutze des Ministerpräsidenten Millerand beigegeben, uns sofort wiedererkannten und freudig begrüßten, mit dem unfehlbaren Physiognomiegedächtnis und den freundlichen Umgangsformen der Pariser Kriminalbeamten...

Allein die Belgier hielten sich, wenigstens in den ersten Tagen, zurück. Zwischen den meisten französischen und den deutschen Korrespondenten war bereits zu Beginn der Konferenz ein kollegiales Verhältnis zu verzeichnen, das bis zum letzten Tage währte. Keine Ueberbäulichkeit, aber mehr als formelle Korrektheit. Dabei konnte man gewisse Beobachtungen machen, die die Wurzel des Übels, an dem dies deutsch-französische Verhältnis und Europa überhaupt leidet, erkennen lassen.

Am Nachmittag hat man sich unter vier Augen stundenlang mit dem Berichterstatter eines der größten Pariser Blätter unterhalten. Ueber dieses oder jenes Problem der Spaer Konferenz. Man hat ihm den deutschen Standpunkt entwickelt, den bürgerlich-offiziellen und den sozialistischen. Aus den Antworten und Bemerkungen seines Zuhörers muß man entnehmen, daß dieser vollständig im Bilde unserer Schwierigkeiten ist, man ist bereit über die Objektivität seines Urteils, ja man muß manchmal staunen über die spontane Zerurteilung gewisser Maßnahmen, die in lebendiger Erinnerung sind: der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, der Auslieferungsliste, der Befegung des Raingaues usw. Das Blatt, für das der Journalist berichtet, hat eine Millionenauflage. Wenn seinen Lesern in diesem Sinne berichtet wird, so kann der Tag der Verständigung nicht mehr entfernt sein!

Am nächsten Tag hat man Gelegenheit, in dem betreffenden Pariser Blatt die Telegramme derselben Kollegen zu lesen. Und nun staunt man erst recht. Von dem gestrigen Verständnis ist nichts mehr zu verspüren. Es ist zwar nicht mehr dieselbe fanatische Gefährlichkeit wie vor einem Jahre, aber alles, was Herr Millerand in der Sitzung gesagt hat, wird gefeiert, alle Drohungen, die er ausgesprochen, werden mit einer Selbstverständlichkeit wiederholt, mit einem Unterton der Genugtuung erörtert, die in einem den Zweifel aufkommen lassen, ob man denn das Gespräch vom gestrigen Tage geträumt habe. Das aber ist es, was die Millionen zu Gesicht bekommen, nicht die erkenntnisvollen Wahrheiten und mutigen Geständnisse der Unterredung unter vier Augen.

Hat denn der Berichterstatter einem nur nach dem Kunde geredet? Keinewegs! Zu heuchelt er, unter der schattigen Eke des Parks von La Fraineuze oder in der Telefonzelle des Postamtes? Weder hier noch dort! Er war vielmehr subjektiv ebenso aufrichtig gegenüber den deutschen Kollegen als gegenüber den französischen Lesermassen. Und merkt selbst nicht den Unterschied.

Wir haben es hier mit einer physiologischen Eigenschaft zu tun, für die vielleicht schon früher im französischen Charakter die Veranlagung vorhanden war, die sich aber während des Krieges so stark entwickelt hat, daß nur die stärksten Charaktere sich von ihr freihalten konnten. In den Zeiten des „Defätismus“, als keiner auch seinem Nächsten trauen durfte, ist fast ein jeder französischer Zeitungsmann dieser Massensuggestion erlegen. Wenn er heute die Beschimpfungen und Gehässigkeiten vermeidet, so ist das schon von seiner Seite eine anerkanntwertige Selbstüberwindung, die ihm allerdings durch eine zunehmende versöhnlichere Stimmung im französischen Volke selbst erleichtert wird. Aber darüber hinaus noch neue Wahrheiten aussprechen, neue Wege weisen, das kann man von ihm noch nicht verlangen. Die Befangenheit in den Gemeinplätzen des Nachkrieges ist noch zu groß, der gegenseitige Terror in Sachen des Patriotismus ist noch zu gefährlich.

Zu den Gemeinplätzen, die die französische Presse heute noch pflegt, weil sie noch allein maßgebend sind, gehört die Idee des Sieges und die der Unantastbarkeit des Versailler Friedensvertrages. Und nicht nur der Redakteur, sondern auch und in einem weit größeren Maße der Politiker muß sich nach dieser doppelten grundsätzlichen Fiktion richten, muß nach ihr schreiben, reden und handeln — wenigstens vor der Welt.

Wenn man diese Verhältnisse berücksichtigt, die sich nicht

Die rote Offensive.

Sowjet-Rußland einem Waffenstillstand geneigt?

London, 19. Juli. (T.M.) Die Antwort der Sowjetregierung auf die englischen Vorschläge zur Herbeiführung des Friedens zwischen Polen und Sowjetrußland ist, wie verlautet, sehr umfangreich. Die Sowjetregierung erklärte darin, obwohl niemand das Recht habe, in dieser Angelegenheit zu intervenieren, wolle sie auf den Waffenstillstand eingehen, wenn Polen darum ersuche.

Ungehemmter Lauf.

Frankfurt a. M., 19. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung aus Warschau geht der Vormarsch der Bolschewiki seinen weiteren ungehemmten Lauf. An der Nordfront vollzieht er sich mit einer Geschwindigkeit von 20 bis 30 Kilometern täglich. Am Sonnabend kamen die Bolschewiki bis Lidva, Wolodetschno, das am Dienstag fiel, bedeutet die Gewinnung des Vorfeldes für den Kiewenübergang. Von Wlinsk vordringende Streitkräfte eroberten Nowogrodsk. Nicht weit davon liegt das aus dem Kriege bekannte Waranowitschi und weiter der Dnjestri-Kanal, wo sich noch alte deutsche Stellungen befinden. Ueber den Waffenstillstand liegen keinerlei Meldungen vor.

Französische Zurückhaltung.

Paris, 19. Juli. (T.M.) Eine halbamtliche Mitteilung, die der „Temps“ veröffentlichte, erklärt, die französische Regierung habe zwar Kenntnis von den Waffenstillstandsbedingungen gehabt, die die englische Regierung Polen und Sowjetrußland vorgeschlagen habe, sie sei aber in keiner Weise an diesem Schritt beteiligt, da sie keine politischen Beziehungen zu Sowjetrußland unterhalte. Die französische Regierung habe auch nicht gegen die von England vorgeschlagenen Bedingungen protestiert, weil die Vertreter der polnischen Regierung die sofortige Beendigung der Feindseligkeiten gewünscht hätten und ein französischer Protest dies jedenfalls nicht beschleunigt haben würde.

Vom perfischen Kriegsschauplatz.

Paris, 19. Juli. (T.M.) Nach einer Cadixmeldung aus Teheran ist die Lage in Persien unsicher. Die Regierungsb-

in einem, sondern in Tugenden von Beobachtungen beständigen. Man erkennt einem die Ereignisse und Ergebnisse von Spa einem etwas milderen Lichte. Man wäre sonst wirklich neugierig, an der Menschheit und an dem Menschenverstand zu zweifeln und seine Justiz, nach national-bolschewistischem Muster, in verzweifelten Lösungen zu suchen.

Es soll in diesem Zusammenhang nicht vom ersten Punkt der Tagesordnung von Spa, von der Entwaffnungsfrage, gesprochen werden, obwohl auch hier französische Massenpsychosen die Haltung der Alliierten bestimmt hat. Gewiß war die unglückliche Angst Frankreichs vor den Ueberbleibseln des deutschen Heeres geradezu lächerlich, aber es sind zu viel Fehler auf der eigenen Seite begangen, es sind zu viel Argumente in die Hände der Gegner gespielt worden, als daß man ein moralisches Recht befehlen, in dieser Frage vorlaut zu werden. Die planmäßige Durchkreuzung der Entmilitarisierung des Volkes durch militärische Stellen, das zum Teil freche, zum Teil hinterlistige Spiel mit Revandagegedanken durch die Rechtsparteien und dann noch das Wahlergebnis vom 6. Juni hatten uns in zu schlechte Lage gegenüber dem stürmenden Lloyd George gebracht, als daß wir den Grundpunkt der deutschen Demokratie mit völliger Selbstlosigkeit vertreten konnten.

Was uns in Spa gefehlt hat, das war eine Delegation, deren demokratische und pazifistische Stimmung schon in der Stellung ihrer Mitglieder im innerpolitischen Leben Deutschlands gewährleistet war. Es ist kein Zufall, daß die Alliierten dem meisten Vertrauen dem demokratischen Minister Simons schenken, und daß der größte moralische Erfolg für die deutsche Delegation die Rede des sozialistischen Arbeiterführers Simon war.

Aber warum gelang es ihm nicht, die Gegenpartei von der Unmöglichkeit ihrer Forderungen zu überzeugen? Nicht zuletzt weil Herr Stinnes die Wirkung der hiesigen Rede durch die provozierenden Ausfälle der eigenen Rede im voraus neutralisiert hatte. Die französischen Berichterstatter waren — immer in den Privatgesprächen — einer Meinung darüber, daß Hues Rede ausgezeichnet und eindruckvoll war, aber in ihren Telegrammen wurde sie nur mit wenigen Worten erwähnt, die Stinneschen Herausforderungen boten ihnen dagegen einen für die geistige Veranlagung der französischen Öffentlichkeit viel günstigeren Stoff und wurden dementsprechend breitgetreten. Wenn heute übrigens auch die englische Arbeiterklasse noch immer nicht weiß, welchen furchtbaren Schlag die Kohlenforderungen der Entente für das deutsche Proletariat und speziell für die deutschen Bergarbeiter bedeutet, so ist es in der Hauptsache demselben Umstand zu verdanken, nämlich, daß die englischen Berichterstatter den Eindruck erwecken konnten, als hätte es sich in Spa um einen Kampf zwischen Entente-Kapitalisten und rheinischen Grubenbaronen gehandelt.

Abgesehen davon aber läßt sich die Haltung Millerands in der Kohlenfrage in der Hauptsache durch die Massenpsychosen erklären, die er mit seinem „nationalen Mod“ allerdings selbst großgezogen hat. Man darf nicht vergessen, daß Frankreichs Kohlennot sehr groß ist und daß es besonders den ärmeren Schichten vor dem kommenden Winter graut. Das Gespenst der innerpolitischen Kämpfe, die sich in der breiten Öffentlichkeit und noch mehr in den Kulissen des Parlaments und der Schwerindustrie abspielen, erschwerte seine Stellung ungeheuerlich. Er ist ein Befangener des doppelten Dogmas, des „Sieges“ und der Unantastbarkeit des Friedensvertrages.

Gegen diese ständige Erpressung durch die Poincaré, Barthou, Capus, Lardieu und Léon Daudet wird sich kein französischer Ministerpräsident wehren können, so lange der „nationale Mod“ mit seinen 420 Abgeordneten die Kammer und die große Presse beherrscht. Deshalb mußte Millerand in Spa vielleicht wider bessere Ueberzeugung und allen Rüstungsstratagisten von Lloyd George zum Trost den Schein der Unverfänglichkeit wahren und mit dem Säbel von hoch bei jeder Gelegenheit raseln.

Buchstäblich genommen sind zwar in Spa einige Mißdeutungen des Friedensvertrages von uns erzielt worden, die

aber in Wirklichkeit nur darin bestehen, daß krasse Unmöglichkeiten in scheinbare Möglichkeiten umgewandelt worden sind. Aber auch diese Mißdeutungen waagt Millerand kaum vor seinen Gegnern zu rechtfertigen. Eine kleine Einzelheit ist typisch für diese Geistesverfassung. Der Punkt 1 der deutschen Gegenentwürfe (Eiserung von 2 Millionen Tonnen monatlich während eines halben Jahres) ist von der Entente mit dem Zusatz angenommen worden: „welche Menge von der Wiedergutmachungskommission genehmigt worden ist“. Hier ist deutlich die Angst Millerands vor Poincaré und der Kammer des „nationalen Mod“ zu erkennen, die sonst nach Verlegung des Vertrages schreiten, von neuem die Souveränität der Wiedergutmachungskommission proklamieren würde und dem Ministerpräsidenten daraus einen Strich drehen könnte.

Nur aus dieser Massenpsychosen, die das Thema „Revision“ noch nicht ertragen kann, obwohl es in allen anderen europäischen Ländern schon seit Monaten erörtert wird, ist es zu erklären, daß das Pariser „Journal“ vom 16. d. M. über das Kohlenkrisis von Spa, das vielleicht den Ruhm der deutschen Industrie zur Folge haben wird, unter der Ueberschrift: „Versöhnungspolitik“ schreiben konnte: „In Spa hat die Theorie der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Deutschlands den Sieg davongetragen“!

Die Massenpsychosen, die bereits in England und vor allem in Italien überwunden ist, wird auch allmählich in Frankreich schwinden. Hoffentlich, ehe es zu spät ist.

Die Ergebnisse von Spa sind deshalb so betäubend, weil sie ein Jahr nach Versailles noch immer unter dem Zeichen von Versailles standen.

Aber darf sich das deutsche Volk darüber wundern und beklagen, wo es sich am 6. Juni in die Arme derer warf, die es nach Versailles gebracht haben? Die Konferenz von Spa stand nämlich auch unter dem Zeichen der Reichstagswahlen — Stinnes und Seckel!

Einmarschdrohung und § 18.

Eine angebliche Aeußerung Simons.

Das „Ahr-Abendblatt“ veröffentlicht eine Unterredung mit Dr. Simons, in der es den Minister folgendes sagen läßt:

Wir haben eben den Fehler begangen, den Friedensvertrag zu unterschreiben in der irrigen Annahme, der Traktat würde von seinen Ueberrindern selbst nicht erst genommen werden. Das war ein Irrtum. Der Friedensvertrag wird furchtbar ernst genommen; und damit werden wir immer zu rechnen haben. Auch wird die Drohung mit einem Einmarsch in das Ruhrgebiet oder mit einer Besetzung anderer Landesteile stets, nach Artikel 18 des Friedensvertrages, über unserm Haupte schweben.

Minister Dr. Simons kennt jedenfalls den Friedensvertrag viel zu gut, als daß er einen solchen Unsinn geäußert haben könnte. Der Artikel 18 dieses Dokuments hat mit der Einmarschfrage überhaupt nichts zu tun. Dagegen hat der achte Teil (Wiedergutmachungen) eine erste Anlage, und diese hat einen § 18, der allein gemeint sein könnte, aber auch auf den Fall nicht zutrifft. Nach ihm sind die alliierten und assoziierten Regierungen berechtigt, falls Deutschland vorsätzlich seinen Wiedergutmachungsverpflichtungen nicht nachkommt, wirtschaftliche und finanzielle Sperr- und Vergeltungsmaßnahmen zu ergreifen „und überhaupt solche Maßnahmen, welche die genannten Regierungen als durch die Umstände geboten erachten“. Deutschland soll nicht berechtigt sein, solche Maßnahmen als feindliche Handlungen zu betrachten.

Dieser § 18 kann unmöglich die rechtliche Grundlage für weitere Besetzungen liefern, da die Besetzungsrechte der Alliierten im vierzehnten Teil „Wirksamkeiten für die Durchführung“ genau umschrieben sind. Außerdem wäre es ein Widerspruch in sich selbst zu verlangen, ein Staat dürfe das

Einbringen fremder Truppen in sein umfriedetes Gebiet nicht als feindliche Handlung betrachten. Ferner gilt § 18 nur für den Fall der vorläufigen Nichterfüllung der Wiedergutmachungspflichten, die Entente hat aber den weiteren Einmarsch nicht ausreichender Ent- waffnung und tatsächlicher Nichterfüllung angedroht. Sie wäre also durch § 18 selbst dann nicht gedeckt, wenn man sich zu der widerwärtigen Annahme verzeigerte würde, dieser Paragraph „berechtige“ sie in einem bestimmten Fall, Deutschland militärisch zu überfallen.

Wie ist es möglich, daß so verworrene und verwirrende Aeußerungen wie die oben wiedergegebene als angebliche Aeußerungen eines Ministers in die Presse gelangen?

Ist das ein Wiederaufbauminister?

Zur Kandidatur Dr. Guggenheimers.

Nach Meldungen der Rechtspreffe ist für den Posten des Wiederaufbauministers, der seit Gehlers Berufung ins Reichswehrministerium offen steht, der frühere Direktor der Augsburger Maschinenfabrik Dr. Guggenheimer vorgezogen.

Guggenheimer ist das Urbild des industriellen Schatzmachers und Geizhähners. Ihm gebührt der zweifelhafte Ruhm, als Erster in Deutschland eine Anzahl Techniker wegen ihrer Zugehörigkeit zum „Bund der technisch-industriellen Beamten“ gemahregelt zu haben. Der gelbe Werkerein war sein Schockkind. Seine kaufmännischen und organisatorischen Fähigkeiten standen aber im umgekehrten Verhältnis zu der Schneidigkeit seines Auftretens gegen Arbeiter und Angestellte. Als dann Herr Rippel Generaldirektor der M. A. R. wurde, war sein erstes, Dr. Guggenheimer wegen seines Verjagens kalt zu stellen und nach Berlin abzuschieben. Diesen „Nachmann“ ganz abzuhalten, verbot sein großer Aktienbesitz.

Scheint hiernach Herr Dr. Guggenheimer schon an sich für den Posten eines Ministers wenig qualifiziert, so muß doch seine Berufung in das Aufbauministerium besondere Anstöße erregen. Das Aufbauministerium hat in sehr weitem Umfang mit den Gewerkschaften zu verhandeln. Herr Dr. Guggenheimer fehlt bei seinem beschränkten Herrenstandpunkt hierzu nicht nur jede Fähigkeit, sondern auf Grund seiner Vergangenheit würde er auch von vornherein bei den Arbeitnierzugruppen auf das größte und nur allzu gerechtfertigte Mißtrauen stoßen.

Ein Obstdieb!

Der Einbrecher bei Hindenburg verhaftet.

Zurich BZ wird gemeldet: Als Verurtheilter des Reichsgerichts auf den Generalfeldmarschall v. Hindenburg wurde der Arbeiter Albert Gullm, geboren 13. November 1896 zu Essen, verhaftet. Der Täter gelang bei seiner Vernehmung ein, in den Garten der Villa Hindenburg eingedrungen zu sein, um dort Obst zu stehlen. Er habe die Baracken offen gefunden und habe sich in das Haus begeben, nicht um dort Obst zu stehlen, sondern um Unterstützung zu erbitten. (Das wird wohl Schwindel sein. Wahrscheinlich hat die offene Tür den Dieb zu weiterem Diebstahl gereizt. Red. v. B.) Er habe nicht gemerkt, daß der Generalfeldmarschall v. Hindenburg dort wohne, da er erst seit 14 Tagen in Hannover sei. Den Dieb habe er nur als Schrottschuh abgegeben, um sich wieder frei zu machen; er habe nicht beabsichtigt, den Generalfeldmarschall zu verletzen.

So also steht beiichte der Vorfall aus, den die „Deutsche Tageszeitung“ ihrem schauernden Publikum als Beweis der grenzenlosen sittlichen Verrohung im Kulturreich Konrad Haenisch vorgeführt hat. Nach der „Post“ war sogar die Verhaftung der Opfer der Militärjustiz im Ruhrgebiet, war der Reichspräsident Ebert in Person schuld daran, daß — ein Wahlgänger Durchsicht in Hindenburgs Garten Kirchen stehlen wollte. Jammer, unter Wilhelm gab es weder Kirchen- noch Wespenebber. Diese Verbrechenkategorie hat erst die 177 Republik erzeugt!

Der Lindensrieden.

In den Dörfern blühen die Linden. Ihre weißen Dolden, von artzgebendem Duft wie einer schmalen Lanze bekrönt, leuchten aus blauem Grün. Süßer Atem gittert über die Landstraßen, die Aaleen der Parke, umschwärmt von einer Wolke von Bienen. Wir mühen auf das Land hinaus, um sie wiederzufinden. Bäume des Friedens und der Freiheit. Denn auf den Plätzen der Städte, die sie einst beschatteten, wälzen die Mächte und Gassen, erheben stolzerne Denkmäler ihr kaltes Haupt, auf deren Stufen ein von der Arbeit erschöpfter Leib sich niederläßt oder die rote Fahne des Aufruhrs flattert. Ihre Verlassenheit aber in der verunkelten Stille des Landes ist einem jungen Dichter, Alfred Hein, zum Erlebnis geworden, der in seiner Sammlung von Versen „Der Lindensrieden“ (Norddeutscher Verlag, Steintin) von ihrem Nauschen befangen, den Traum ihres Schattens zurückruft. Sie sind ihm Sinnbild alles dessen, was wir verloren, wonach unser Verlangen mit stummem Lippen zu jeder Stunde schreit, Heilung von den kappernden Nöhlen des Alltags, Geld und Raststunden, die in der Fron der Lage „das schmale Korn seiner Seele zermahlen“. Und überwältigt von der süßen Erinnerung an unsere verströzte Kindheit ruft er aus:

„Linden der Keinzaubren Städte, betvecht, betvecht eure Blüten hinein in die steinernen Ozeane, leimt im Kiphalt, leimt auf granitenem Beet, daß eines Tages wieder der Regen geht und die Menschheit die Blut beines Duftes ahnt!“

Die die Sehnsucht dieses Dichters nach der Wiederkehr des Vergangenen geht, so sucht er auch in der Form seiner Sprache in den Worten alter Schlichtheit und Einfach zurückzukehren. Der Rhythmus, das Volkstied neu zu beleben, birgt immer eine Gefahr. Auch Hein ist ihr nicht entgangen; denn dem Versuch eines Erwachsenen, die Sprache kindlicher Ursprünglichkeit zu reden, wird letzten Endes immer etwas Nachgemachtes anhaften. Wir können unsere Sprache nicht künstlich zurückführen, so wenig wenig wir noch einmal die Bilder des 19. Jahrhunderts malen können. Wir wissen aus Heins früheren Wägen „Vieder vom Frieden“ (Weimar 1919) und den schönen „Terzinen an Not“ (Nordb. Verlag), in denen zuweilen ähnliche Motive anklingen, daß damit die Grenzen seiner Begabung nicht umschiffen sind, und so mag es kein Zufall sein, daß auch hier mitunter diejenigen Verse die besten scheinen, in denen das Volkstiedhafte zurücktritt. Dennoch ist ihm auch darin mancher ergreifende Ton gelungen, der zuweilen an Paul Gerhards oder einen anderen mittelalterlichen Sänger gemahnt. Vielleicht erwacht dem Dichter im bestigen Ringen aus der Verbindung dieser beiden Seiten seines Wesens einmal eine starke eigenmächtige Kraft; denn: „Nicht Sprachsucht!“ möchten wir auch ihm noch oft genug zurufen. Vielleicht aber wird er uns erwidern: kommt es denn darauf an? Und er hat recht.

Die Stimme der Güte und inneren Einkehr wollen wir niemals verkennen. Wenn die Linde im Abendgold uns mit ihrem Nauschen umfängt, lauschen auch wir dankbar ihrer Andacht:

Es ist so schön zu denken,

Daß wir doch all' Geschwister sind

Und in uns suchen müssen,

Was nie ein Stern und nie ein Bind

Uns wird zu schenken wissen.

A. T. B.

Karl Vorländer, der Konfirmand und Kampferkämpfer, hat einen Lehrauftrag für Moral-, Staats- und Gesellschaftslehre an der Universität Münster erhalten. Bisher wirkte er in Münster als Provinziallehrer bei dem Provinzialhochschulrat. Vorländer hat sich seit zwei Jahrzehnten um die Verbindung des Marxismus mit lantianischem Denken bemüht. In den letzten Jahren ist er schriftstellerisch offen als Sozialdemokrat hervorgetreten. Er geht seit längerem zu den Mitarbeitern unserer „Neuen Zeit“. In willkommlichen Zeiten konnte er seine Beiträge dort freilich nur pseudonym veröffentlichen.

Die Melos-Blätter. Mit gewagten, unformlich großen Schritten eilt die neue Musikübung dem Welt und dem Gelächter des Volkes voraus. Noch ist lange keine Grenze fixierbar, wo das Erlaubte von einem Genius übertrumpft und entwertet wird, wo das unfaßbar Neue nur den Ausfluß einer grotesken-aparten Sensationslust bedeutet. Hier heißt es aufpassen, daß nicht Irreführen als letzte Weisheit und höchste Schönheit gepredigt, geglaubt und bejubelt werden.

Die Kunst macht keine Todespringe, aber sie kann in der Entwicklung nicht an noch so festen Befestigen ewigen Halt finden. Deshalb besteht man sich auch nicht auf einen ewigen Geschnack, der vor fünf Jahrzehnten schon konservativ war; man horche auf, prüfe und warte! Jede Zeit hat ihre eigene Sprache, auch in Tönen; und niemand verachte die Ohr und Herz dem Neuen, selbst dem starrkl. Klingenden. Die Kritik stemmt sich nur gegen die Ueberjpannung der Tendenzen und gegen den Terror des Kur-Abwegigen.

Die von Scherchen lug geleiteten Melos-Blätter orientieren über den Willen und die theoretischen Grundlagen der futuristischen Musik. Die sind durchaus nicht einseitig und sind vor allem nicht voll des Hochsch-Gelächters. Jede Seite hat ihr eigenes Gesicht und die Jugend kämpft hier um das Recht des geredet zu werden. Das ist ihr und werde ihr alle Zeit.

Aus dem Chaos der Begierden und Sichte scheint sich hier der wahre Gehalt des modernen Erbes in der Musik durch den Mund begeisterter Komponisten und Journalisten zu veründen. Wer hier mit Andacht liest, wird auch mit Andacht hören. Das Blatt sei willkommen!

Kurt Singer.

Der pünktliche Schuhmacher. Es war einmal ein Mann in Dänemark — so erzählt ein dänisches Blatt, aber die Geschichte könnte ebensogut in Deutschland spielen. — Der ging mit einem Paar Schuhe zu einem Schuhmacher, um sie bescholen zu lassen.

„Sie können Sie Sonnabend nachmittag haben,“ sagte der Schuhmacher. „Sie kosten 6 Kronen.“

Sonnabend nachmittag ging der Mann zum Schuhmacher mit 6 Kronen in der Tasche, um seine Stiefel zu holen.

„Sie sind noch nicht ganz fertig,“ sagte der Schuhmacher, „aber sie werden noch heute abend, sonst aber sicher morgen früh fertig.“

„Danke,“ sagte der Mann, indem er einen Blick auf einen Anschlag warf: „Befohlen 7 Kronen.“

Der Mann wartete nun vierzehn Tage und ging dann zum Schuhmacher, um seine Stiefel zu holen.

„Sie sind noch nicht ganz fertig,“ sagte der Schuhmacher, „aber sie werden heute abend fertig, sonst ganz sicher morgen früh.“

„Danke,“ sagte der Mann und blickte im Vorbeigehen auf einen Anschlag, auf dem stand: „Befohlen 8 Kronen.“

Der Mann verzeigte ein paar Monate; aber als er zurück kam und bei dem Schuhmacher vorsprach, sagte dieser: „Sie sollen sie heute abend haben oder sicher morgen „anz früh.“

„Danke,“ sagte der Mann, und er sah, daß jetzt 11 Kronen auf dem Anschlag stand.

Es verging ein halbes Jahr, und der Mann wagte sich wieder zum Schuhmacher. Dieser begrüßte ihn mit freundlichem Lächeln des Wiedererkennens:

„Es ist lange her, daß ich Sie gesehen habe. Ich habe beinahe geglaubt, Sie hätten Ihre Schuhe vergessen. Ja, sie sind sofort fertig, es fehlt noch eine Kleinigkeit; aber Sie sollen sie heute abend haben, oder auf jeden Fall ganz sicher morgen früh.“

„Danke,“ sagte der Mann und las den Anschlag: „Befohlen 18 Kronen.“

Als der Mann einige Zeit darauf am Hause des Schuhmachers vorbeiging, hing im Fenster der Anschlag: „Befohlen 15 Kronen.“ Der Schuhmacher stand in der Tür und tauchte seine Pfeife: „Ihre Schuhe sind sofort fertig,“ sagte er.

„Danke,“ sagte der Mann, dann ging er hin und kaufte sich ein Paar Polyschuhe.

Der Verein für die Geschichte Berlins hat — ein großes Opfer in dieser schweren Zeit! — seine Bibliothek von etwa 6000 Bänden in einem vom Magistrat zur Verfügung gestellten Räume des Deutschen Domes (Eingang Schillerplatz) auf dem Gendarmenmarkt eingerichtet. Der Lesesaal ist vorerst nur am Sonnabend von 4—7 Uhr geöffnet; Mitglieder des Vereins steht er unentgeltlich offen. Für Nichtmitglieder ist eine Jahresgebühr von 5 Mark festgelegt.

Eine Lautsammlung ist bei der Preussischen Staatsbibliothek begründet worden. Prof. Dr. Wilhelm Dörmann wird sie leiten. Die Abhaltung soll durch Festhalten des gesprochenen Wortes (sonst der deutschen mit fremder Sprachen und Mundarten die Unzulänglichkeit des gedruckten Textes ausgleichen). Sie wird außerdem die Aufgabe der von Prof. Dr. Dörmann begründeten Stimmenammlung übernehmen, welche die Phonetik hervorragender Persönlichkeiten der Nachwelt aufbewahrt.

Theater. Am Deutschen Künstlertheater geht Anfang kommenden Woche mensenthiert das Lustspiel „Aubrey“ von Arth. Friedmann-Friedrich mit Max Adalbert als Alex Lindemann in Szene.

Der Etat für das Bauhaus in Weimar ist nun weimarischen Landtage bewilligt worden. Der jährliche Beitrag der Staatskasse wurde auf 205 460 M. festgelegt. Der geforderte Etat wurde um 12 000 M. zugunsten der Hochschule zur Vorerst herabgesetzt. Das Ergebnis der Verhandlungen im Finanzsaal, auf die die Bauhausgänger noch Hoffnungen gesetzt hatten, entsprach also dem Beschlusse der Hauptverhandlungen; Oropus wurde nicht im Stich gelassen.

Wiener Finanzelend.

Genosse Hugo Breitner veröffentlicht in der 'Wiener Arbeiterzeitung' einen Artikel, der sich mit der Finanzlage Wiens beschäftigt. Diese Ausführungen erschließen uns im Hinblick auf die Berliner Finanzlage so wichtig, daß wir sie hier kurz zusammengefaßt wiedergeben. Ausgehend von der Tatsache, daß die unmittelbare Gefahr eines vollkommenen finanziellen Zusammenbruchs Wiens vor der Tür steht, schildert Breitner die Ursachen, die dazu geführt haben. In der Hauptsache leidet die Stadt ganz besonders unter den furchtbaren Unterlassungsbünden einer zweiundzwanzigjährigen Parteiherrschaft, die lediglich den Interessen der besitzenden Klasse gedient und die Lebensnotwendigkeiten der breiten Massen vollständig vernachlässigte. Während des Krieges haben die Christlichsozialen, genau so wie bei uns die Regierenden, alle Vorräte rücksichtslos aufgebraucht und in der Hoffnung auf den glorreichen Sieg Schulden über Schulden aufgetürmt. Gegenüber den Angestellten wurde 4 Jahre hindurch die denkbar schäblichste Ausbeuterpolitik getrieben.

Der Ausgang des Krieges hat nicht nur alle Hoffnungen in bezug auf Kriegsschadigungen zerstört, sondern eine Teuerungswelle nach der anderen gebracht, die heute zerstört, was gestern durch die Bewilligung von Teuerungszulagen an die Beamten und Angestellten gutgemacht wurde. Es mußte noch neuen Einnahmequellen gesucht werden, die notwendigweise in härtestem Maße benutzt werden mußten. Die dadurch heraufgeschraubten Preise weisheitlich für die Straßenbahn, hatten lediglich eine Einschränkung des Konsums zur Folge.

Die große Verelendung der einst so glänzenden Stadt ist, geht daraus hervor, daß im Jahre 1913 z. B. der Ertrag aller Abgaben 76 Millionen Kronen betrug. Der Voranschlag für das Wirtschaftsjahr 1920/21 schließt mit 440 Millionen Kronen ab. Was also in Friedenszeiten ausreichte, um die Bedürfnisse aller Verwaltungszweige für 6 Jahre zu decken, wird jetzt in einem einzigen Jahre verbraucht. Und dennoch nimmt die Verschuldung immer weiteren Umfang an. Auf den Tag ergibt sich ein Defizit von rund 3 1/2 Millionen Kronen. Die Folgen sind weitere Steuern. Man will versuchen, möglichst noch eine halbe Milliarde herauszuschlagen und damit wäre man dann glücklich bei einer Vervielfachung des Steuerbetrages der Friedenszeit angelangt. Die Ursache dieser riesigen Verschuldung ist schon oben erwähnt. Breitner sagt darüber wörtlich:

Schon in den letzten Kriegsjahren wurde der Weg des Schuldenmachens beschritten; zu einer Zeit, als dies wirklich nicht notwendig gewesen wäre und mit Leichtigkeit die Bedeckung durch Steuern hätte gefunden werden können. Die Konjunktur der Kriegsgewinner, der Häuser- und Grundbesitzer, die ganze Epoche des Beizugungstums, in der viele, viele Hunderte Millionen Kronen in den Kasz- und Kassehäusern veranlagert wurden, die Theater, Varietés, Kinos, Nachtclubs, Geurigen-schenken reichste Ernte einheimten, ist für die Massen der Stadt Wien ganz ergebnislos vorübergerauscht. Es hätte ja der Kriegsbegierstern Schaden können wenn eine kräftige Luftsteuer eingekoben, eine Besteuerung der Grundbesitzer-lanten perwaht worden wäre. So ließ man lieber Gebäude und Geräte verbludern und nahm Schulden auf, wo es nur eben ging.

Auch die fortschreitende Verelendung in der Bevölkerung legt der Stadt ungeheure Kosten auf. Im Jahre 1913 gab es in den Versorgungshäusern Wiens circa 6000 Anlassen, die einen täglichen Aufwand von 2 Kronen erforderten. Heute sind 8500 Bewohner der Armenpflege angeschlossen und die Luwandsgelder haben sich auf 42 Kronen pro Kopf und Tag erhöht.

Rettung aus dieser furchterlichen Lage kann nur eins bringen: äußerste Sparsamkeit. Um diese zu er-

reichen schrebt Breitner auch vor folgensweren Schritten nicht zurück. Die Anstellungssperre, die bereits vor einem Jahre verfaßt wurde, hat leider nicht ausgereicht. Der Personalstand ist beispielsweise im Stadtbauamt, wo doch die Tätigkeit eine sehr geringe ist, weil nirgends gebaut wird, gegenüber der Friedenszeit außerordentlich gestiegen. Auch die Lehrerschaft ist so hoch wie nie, obwohl die Schülerzahl durch den Geburtenrückgang und die furchterliche Kindersterblichkeit stark zurückgegangen ist. Die Personalkosten betragen, abgesehen von den Unternehmungs-

Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D. f Große öffentliche Versammlungen

mit der Tagesordnung: Die wachsende Lebensmittelverteuerung und ihre Ursachen.

Heute, abends 7 Uhr: Niems Festäle, Gasenheide 13.

Morgen, abends 7 Uhr: Bahnhöfer Ausdank (Brauerei), Fidiestr. 2/3. Deutscher Hof, Ludauer Str. 15. Musiker-Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Berliner Brauerei, Chausseestr. 64. Prachtäle des Orens, Frankfurter Allee 50. Charlottenburg, Volkshaus, Rosinenstr. 4.

gen, über 800 Millionen Kronen. Diese müssen eine raschere Herabminderung erfahren, als dies durch Todesfälle und die normalmäßigen Pensionierungen möglich ist. ... Da wird man eben tiefer schneiden müssen. Mit derselben Rücksichtslosigkeit, die ein Chirurg auszubringen hat, den keine falsche Sentimentalität hindern darf, eine Operation auszuführen, wenn es eben die Lebensrettung gilt."

Breitner erkennt selbstverständlich den Achtstundentag als eine berechnete Forderung der Arbeiterschaft an, die mit der Resolution erfüllt wurde. Nach seiner und unserer Meinung aber ist die unbedingte Voraussetzung des Achtstundentages, daß ebenso intensiv, mit aller Anspannung des Geistes und des Körpers gearbeitet werde, daß in der kürzeren Zeit die gleichen Leistungen vollbracht werden. Wenn aber, wie es bisher wenigstens noch bei der Gemeinde Wien der Fall ist, der Achtstundentag als Begründung dafür herangezogen wird, daß jetzt um ein Fünftel erhöhtes Personal vorhanden sein müsse, so ist das nur der Beweis, daß wir uns auf dem falschen Wege befinden. Dann wendet er sich gegen die mechanische Anwendung des Achtstundentages und gegen die Ansicht einzelner Angestelltengruppen, daß in dieser zusammengebrochenen Wirtschaft ein noch so dürftiger Haushalt auf einer Sechsstundenleistung aufgebaut werden kann.

Die 54 000 Angestellten der Gemeinde stellt er vor die Entscheidung, ob sie allesamt dauernd in noch schlimmerer Kärglichkeit verharren wollen, oder ob eine kleinere Zahl doch wenigstens das bescheidene Auskommen haben soll, über das zwar nicht hinauszukommen ist, aber diesem Miesleben von Beamten, Lehrern, Arbeitern aller Veredlung ungeachtet nicht gegeben werden kann! Zum Schluß empfiehlt er eine Einschränkung der Sachausgaben in jedem einzelnen Verwaltungszweig und schließlich:

Eine förmliche Sparwut, geradezu eine Manie, jede überflüssige Ausgabe zu vermeiden, jede notwendige bis auf das äußerste einzuschränken, muß jeden einzelnen der Zehntausenden von Angestellten beherrschen. Jedwem muß es zum Bewußtsein kommen, daß eine vermiedene Ausgabe ein Stück er-

höhter Existenzsicherheit bedeutet. Mit der kindischen Vorstellung, daß die öffentlichen Gewalten über geheimnisvolle Einnahmeweglichkeiten verfügen, nicht den allgemeinen Wirtschaftsgesetzen unterworfen sind, sollte angesichts der so brütenden Not endlich Einhalt gemacht werden. Dazu ist wohl genügend Anlaß, wenn festgestellt wird, daß die Auszahlung der am 31. Juli fälligen Gehalte in der Gemeinde Wien davon abhängt, daß der Staat den hierzu nötigen Vorkauf gewährt!

Wächten nicht nur alle Beamten, Angestellten und Arbeiter Berlins, sondern auch alle jenen Männer, die am 20. Juni von der Groß-Berliner Bevölkerung zur Leitung der Geschicke der neuen Stadtgemeinde berufen wurden, diese Mahnungen beherzigen, zum Wohle des neuen Berlins!

Groß-Berlin

„Se. Durchlaucht war da!!!“

In irgendwo war eine Tierchau. Es war keine gewöhnliche Tierchau, belasse nicht, denn sie war begnadet durch die Anwesenheit des Fürsten. Das fand denn auch im Zeitdruck als Leitartikel im Kreisblatt, das sich selbst immer sehr ernst nimmt. Zur Freude aller Anwesenden war Se. Durchlaucht der Fürst da. Also, Se. Durchlaucht war da. Endlich mal wieder ein erhebender Augenblick in dieser Zeit des Niederganges.

Also, Se. Durchlaucht war da. Der Bürgermeister schwänzelte, klopfenden Herzens, in seinem teils blank, teils grünspanig aussehenden Frack herum.

Der Frau Bürgermeister, die jetzt endlich mal wieder repräsentieren konnte, schwebte Stolz die Brust. Mitleidig guckte sie auf die unteren Reintausend herab, sie war steiler als der etwas reichlich lange Stod ihres gänseweissen Sonnenschirms. Und, o Sonne, sie hatte den Hofniz noch nicht verlernt.

Der berittene Herr Direktor der Tierchau, der Macher von's Canave, war jedoch so mit Ehrfurcht angefüllt, daß er bald plagte. Das Gefühl der Würde übertrug sich auch auf seinen dicken Fuß; der machte Stielungen wie eine Schlafpuppe, die einen derben Schlag über den Schädel bekommen hat und der die gelockerten Augen nun aus den Augenhöhlen quellen. Der Gaul apfelte vor dem Fürsten und dessen durchlauchtesten Hähe traten gerade hinein.

Solche dergnügliche kleine Schöne aber öffnete ihren langen Mantel und zeigte ihren kurzen Rock oder ihre tadelloso gewachsenen Beine. Denn Durchlaucht hatte doch neulich erst jowial und unter Augenzwinkern zu ihr gefagt; „Det Schönste sind doch de Beeneleus“.

Also, Se. Durchlaucht war da. Ach, Ihr glücklichen Deutschen! Ihr denkt an nichts. Ihr macht Euch keine Sorge um Spa, noch um die stets wachsende Arbeitslosigkeit, noch um unser wirtschaftliches Elend. Doch wir sollten Euch eigentlich dankbar sein, denn, wenn wir an Euch denken, lachen wir. Und Ihr verdientet eigentlich einen Orden, weil Ihr etwas Belustigendes seid in erster Zeit.

E. B.

Einbruch in Rinderheim.

Eine Erklärung der Quäker.

In der Nacht zum Sonnabend wurde in dem soeben eröffneten Rinderheim der Quäker in Rehendorf ein Einbruch verübt. Aus diesem Anlaß gibt die Berliner Quäker-Abordnung folgende Erklärung ab, von der wir hoffen, daß sie ihre Wirkung nicht verfehlt:

Am Sonnabend, den 17. Juli, um 1 Uhr nachts, wurde in dem eben eröffneten Rinderheim der Quäker in Rehendorf der Versuch gemacht, einzubrechen und große Mengen von Lebensmitteln fortzuschaffen. Die Eindringler wurden bei ihrem Tun überrascht und es gelang ihnen, mit nur einem kleinen Teil der Vorräte zu entkommen, nachdem sie bereits eine größere Anzahl von Kisten vor das Haus geschafft hatten. Sie wurden von einem Wühwöhner des Hauses gebürt, der sofort alarmierte und 100 h. allfälligerweise, ohne jemanden zu verletzen.

Es ist wahrscheinlich noch nicht allgemein bekannt, daß dieses Rinderheim in dem Gebäude, das bis Anfang dieses Monats als Seemannsberghaus diente, eröffnet worden ist.

Segen der Erde.

Roman von Anut Samjun.

Auf dem Heimweg sind Vater und Sohn schweigend wie gewöhnlich. Aber Naf muß sich etwas ausgedacht haben, denn er sagt: „Du, Sivert? — Ja?“ erwidert Sivert. — „Ach, nichts Besonderes.“ sagt Naf. — Sie gehen eine lange Strecke weiter, dann spricht der Vater wieder: „Kann denn Aronsen Handel treiben, wenn er keine Waren mehr hat?“ — „Nein.“ sagt Sivert. „Aber es sind jetzt nicht mehr viele Menschen da, für die er Waren braucht.“ — „So, meinst du? Ja, du kannst recht haben.“ — Sivert wundert sich ein wenig über diese Worte seines Vaters, und dieser fährt fort: „Es sind jetzt allerdings nur acht Anstellungen hier, aber es können mehr und immer mehr werden. Wer weiß!“ — Sivert wundert sich noch mehr, woran denkt denn sein Vater? D, an nichts? Wieder gehen die beiden eine lange Strecke weiter und sind beinahe zu Hause. Da fragt der Alte: „Am, Was meinst du wohl, daß der Aronsen für den Hof haben will?“ — „Ach so, das war's!“ denkt Sivert. „Und willst du ihn kaufen?“ versteht er im Spaß. Aber plötzlich geht ihm ein Licht auf, wo sein Vater hinaus will: An Cleius denkt der Alte. Oho, er hat ihn wohl nie vergessen gehabt, er hat ebenso getreulich an ihn gedacht wie die Mutter, nur auf seine eigene Weise, näher bei der Erde und auch näher bei Sellanraa. Da sagt Sivert: „Der Preis wird wohl erschwinglich sein.“ Und als Sivert so viel gesagt hat, da merkt der Vater keineswegs, daß er verstanden worden ist, und wie wenn er Angst hätte, zu deutlich geworden zu sein, sagt er nun schnell ein paar Worte über den Wegbau und daß es gut sei, den hinter sich zu haben.

In den nächsten Tagen stecken Sivert und seine Mutter die Köpfe zusammen, sie ratichlagen und hatten viel zu klütern, auch schrieben sie einen Brief, und als der Samstag kam, begeigte Sivert Lust, ins Dorf zu gehen. — „Was willst du denn schon wieder im Dorfe, du läufst nur unnötig deine Schuhe durch?“ fragte der Vater sehr argersch, o viel grimmiger im Gesicht, als natürlich gewesen wäre, er merkte wohl, daß Sivert auf die Post wollte. — „Ach will in die

Kirche.“ sagte Sivert. — Einen besseren Grund fand er nicht, und der Vater sagte: „Ja, wenn es nicht anders sein kann.“

Aber wenn Sivert schon einmal in die Kirche wollte, dann konnte er auch einpflanzen und die kleine Rebekka mitnehmen. Der kleinen Rebekka konnte man doch wirklich zum erstenmal in ihrem Leben dieses Vergnügen machen, sie hatte ja so eifrig das Turnisfeld geküßt und war im großen ganzen die Blüte und die Perle von allen auf dem Hofe; ja, das war sie. Es wurde also angepaßt, und Rebekka bekam die Magd Jenstine zur Begleitung mit, — wogegen Sivert nichts einzuwenden hatte.

Während sie fort sind, geschieht es, daß der Ladendiener von Storborg daherkommt. Was nun? Ei, nichts Besonderes, nur daß ein Ladendiener, ein Mann namens Andreien daherkommt; er soll in die Berge hinaus, sein Herr schickt ihn. Weiter ist es nichts. Und dieses Geheißnis bringt auch keine große Aufregung auf Sellanraa hervor, es ist nicht wie in den alten Tagen, wo ein Fremder ein seltener Anblick auf der Ansiedlung war und Inger sich mehr oder minder darüber aufregte. Nein, Inger ist wieder einmal in sich gegangen und ist still und ruhig.

Ein merkwürdiges Ding, dieses Andachtsbuch, ein Führer, ja ein Arm um den Hals! Als Inger sich selbst verloren hatte und in den Beeren irre gegangen war, fand sie sich wieder beim Gedanken an ihre Kammer und an das Andachtsbuch, und zurzeit war sie wieder in sich versunken und gottesfürchtig. Sie denkt der längst verflohenen Jahre, wo sie, wenn sie nähe und sich in den Finger stoch, „der Teufel auch!“ sagte. Das lernte sie von ihren Mitbewohnern an dem großen Tisch in der Kücheküche. Jetzt steht sie sich mit der Nadel, daß es blutet, und saugt schweigend das Blut ab. Es gehört nicht wenig Ueberwindung zu solcher Umkehr! Aber Inger ging noch weiter. Als der steinerne Stall fertiggebaut war und alle Arbeiter sich entfernt hatten und ganz Sellanraa wieder einsam und verlassen dalag, da hatte Inger eine Krise und weinte viel und litt schwere Not. Sie bürdete niemand als sich selbst die Schuld dafür auf, und sie war tief demütig. Wenn sie nur hätte mit Naf reden und sich das Herz erleichtern können; aber auf Sellanraa sprach niemand von seinen Gefühlen und

niemand bekannte seine Fehler. So holte sie ihren Mann sehr fürsorglich zu den Mahlzeiten herein; sie ging dazu bis zu ihm hin und forderte ihn auf, statt nur unter der Haustüre zu rufen, und abends loh sie seine Kleider durch und nähte die Knöpfe an. Ja, Inger ging sogar noch weiter. Eines Nachts stützte sie sich auf den Ellbogen und sagte: „Du, Naf.“ — „Was gibst?“ fragt Naf. — „So, wachst du?“ — „Ja.“ — „Ach, nichts Besonderes.“ sagt Inger. „Aber ich bin nicht gewesien, wie ich hätte sein sollen.“ — „Was?“ fragt Naf. Das entfuhr ihm, und auch er richtete sich auf den Ellbogen auf. Dann redeten sie weiter miteinander. Je ist nun eben doch eine prächtige Frau und hat das Herz voll. „Ach bin nicht so gegen dich gewesien, wie ich hätte sein sollen.“ sagt sie. „Das tut mir sehr leid.“ — Diese einfachen Worte rühren ihn, sie rühren den Kraftmenschen, und er will Inger gerne trösten; er versteht zwar nichts von der Sache, versteht nur so viel, daß es keine mehr gibt wie sie. — „Deshalb brauchst du nicht zu weinen.“ sagt Naf. „Wir sind alle nicht, wie wir sein sollten.“ — „Ach nein.“ sagt sie dankbar. O, Naf hatte eine so gesunde Art, die Dinge zu behandeln, er richtete sie wieder auf, wenn sie umfallen wollten. Wer ist, wie er sein sollte! Er hat recht; Amor, der Herzensgott selbst, der trotz allem ein Gott ist, geht auf Abenteuer aus, und wir können es dem ausgefallenen Jungen wohl ansehen, dem Leichtfuß; an einem Tag taucht er in einen Moienreichtum unter und wiegt sich wohligh darin, und leckt sich die Lippen, am anderen Tag hat er sich einen Dorn in den Fuß stecken und zieht ihn mit verzweifelttem Gesicht heraus. Stirbt er daran? O keine Spur. Er ist so gesund wie vorher. Das wäre was Schönes, wenn er daran stirbt!

Auch mit Inger kam das alles wieder in die Reihe, sie überwindet es, aber sie bleibt bei ihren Andachtsstunden und findet ihren Trost darin. Inger ist jeden Tag fleißig und geduldig und herzensgut, sie schämt Naf vor allen Männern und wünscht sich keinen andern als ihn. Natürlich ist er dem äußeren Anschein nach kein Louwendlassa und Säger, aber er ist schon recht, hohe, das wollte sie meinen! Und es bewahrheitete sich wieder, daß es ein großer Gewinn ist, wer gottselig ist und läßt ihm genügen.

(Fortf. folgt)

und daß alle Lebensmittel und alle Mitarbeiter von den Dackern (Meisterte) Gesellschaft der Freunde) gestellt werden.

Die Gründung dieses Heimes erfolgte nicht allein, um helfende Anteilnahme an der materiellen Not der deutschen Kinder zu bewirken, sondern auch dieses Moment dabei ist, sondern gleichzeitig, um ein Ausdruck der Liebe und des guten Willens zu sein, die die Dackern dem deutschen Volke selbst während der schweren Kriegszeit zu bezeugen verstanden.

Wir sind überzeugt, daß die Menschen, die den Versuch eines Diebstahls an den Lebensmitteln für die Kinder gemacht haben, in Unkenntnis oder in einer verkehrten Auffassung der Sachlage gehandelt haben. Wir haben ein zu starkes Vertrauen in die deutsche Liebe zu kleinen Kindern, als daß wir glauben könnten, daß irgend jemand absichtlich Nahrungsmittel fehlen könnte, die aus dem Ausland mit der ausdrücklichen Bestimmung gekauft worden sind, den am meisten notleidenden Kindern neue Kraft zu geben.

Wir Dackern glauben selbst nicht an den Gebrauch von Waffen zur Verteidigung unserer selbst oder unseres Eigentums und haben den Wunsch, daß in Verbindung mit unserer Arbeit keine Waffengewalt angewandt wird, denn wir haben das volle Vertrauen, daß, sobald diese Tatsachen bekannt sind, niemand mehr unseren Liebesdienst stören oder beeinträchtigen wird.

Gesellschaft der Freunde.
Wir hegen den heißen Wunsch, daß nicht nur die Hoffnung der Dackern erfüllt wird, sondern auch den, daß sich bald in aller Welt sozialer Verständnis für die materielle Not unseres Landes und den daraus entstehenden Verfehlungen einzelner Deutscher durchsetzt, wie das bei den Freunden unserer Kinder der Fall ist. Möge endlich der Wunderglaube an die Gewalt der Waffen von allen Völkern abgelegt werden zum höheren Nutzen der unter ihm leidenden Menschheit.

Gegen die Kinderausbeutung.

In Schulklassen wendet man sich mit Recht, nur leider nicht mit der nötigen Entschiedenheit, gegen die frühzeitigen Schulentlassungen. Im Interesse der Kinder sollte man nur in allerdringenden Fällen die Kinder vom Schulunterricht befreien. Es liegt fest, daß viele Kinder ohne zwingenden Grund, nur um das Kind ein Jahr früher in das Erwerbsleben treten zu lassen, gesteuert werden.

Im Interesse der Erwachsenen müssen alle Anträge gründlicher als bisher geprüft werden. Es darf nicht sein, daß Schulkinder in Arbeit gezwungen werden, wie jetzt, besonders in den Ferien. Das Kind unter den arbeitstunenden Familienältesten hat keine Grenzen, aber auch die jüngere Generation leidet durch Arbeitslosigkeit bittere Not. Auch es nicht empören, wenn die Kerntrennen der Armen sehen, daß fast überall Schulkinder, insbesondere als Lauf- und Arbeitsburschen beschäftigt werden?

Diesem Stande muß ein Ende gemacht werden! Die Behörden sollten sofort eingreifen. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen werden gebeten, die Adressen derjenigen Arbeitgeber, die Schulkinder als Lauf- oder Arbeitsburschen beschäftigen, sofort dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Bezirk Groß-Berlin, Engländer 14/15, Zimmer 33, zu übermitteln!

1 1/2 Millionen Lebergeschwulst auf Sanke.

Das im Jahre 1918 von der Stadt Berlin erwordene und 1914 in städtischen Besitz übergegangene Gut Sanke hat sich namentlich in den letzten Jahren sehr erfreulich entwickelt. Die Zuzüge, welche die ersten Jahre mit ihren Lebergeschwulstigkeiten erforderten, und welche sich in den einzelnen Jahren auf etwa 1/2 Mill. M. bis 1 Mill. M. — selbstverständlich einschließlich der Veranlagung des Grundpreises — belaufen, haben in Wirklichkeit schon während des Jahres 1919 sich in einen Lebergeschwulst verwandelt, der dem Jahre 1920 mit etwa 1 1/2 Mill. M. zugute kommen wird, was überhaupt das Jahr 1920 ein recht glänzendes Ergebnis zu zeitigen verspricht. Sanke ist also nicht nur für die sozialen Aufgaben Berlins von großer Bedeutung, sondern es erweist sich gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen als ein Vermögensobjekt, das einen wichtigen Bestandteil der städtischen Einnahmen bildet. Die Nachricht — eine in einigen Zeitungen wiedergegebene Behauptung einer Korrespondenz —, daß Sanke im letzten Jahre einen Zuzug von 10 1/2 Mill. M. erfordert habe, ist also völlig aus der Luft gegriffen.

Die Alte und der Junge.

Von Heinrich Bierbücker.

Täglich begegnet man einem schmählich aufgeschossenen Durcheinander, aus dessen solem, podrigem Jungengesicht ein paar stechend schwarze Augen grell herausstehen. Ein Gesicht, das man nur einmal zu sehen braucht, um es nie mehr zu vergessen, gleichsam eine Folie, auf der Leid und Leidenschaft, Verzweiflung und Wollen, Kötesfälle und Tropfenfieber sich zu einem Ausdruck zusammenballen, der zuweilen kaltenartige Geheißheit, zuweilen auch kalte Verachtung widerspiegelt.

Sein Neugeborenes vermahlt, schlampig, Hofen und Kermel viel zu weit und lang und voller Fäden, die mit geschmackverächtigender Gleichgültigkeit aufeinandergeraten sind, so stapft er im Storchschritt durch die Straße — unbefürchtet um die Witze derer, die sich besonders über die saubere Pramanermäße wundern, die von dem fadenfadenartigen Neugeborenen des seltsamen Judenjungen gar so sehr absticht.

Ein sonderbarer Mensch, und sonderbar mußten die Umstände sein, die ihn geformt haben.

Sein Vater war ein genialer Oshude, der sich mit dem Willensdurst des Wissenschaftlers durch das Ingenieurstudium hindurcharbeitete; der sich schnell emporrang, bald die rechte Hand eines Berliner Industriekönigs wurde, und nun, eine Ehlert-Löbberg-Figur, nach langem Durchleben in glänzigen Jügen tranl. Eine dämonische Meteoratur, die an ihrem eigenen Feuer zur Asche ward.

Kurz vor dem Kriege fällte ihn ein Herzschlag. Er hatte nie ans Sparen gedacht, und die Drosche, in der er Sonntags mit seiner Frau und dem Jungen ausfuhr, mußte verkauft werden, damit er würdig unter die Erde kommen konnte.

Der Industriekönig schenkte dem Toten am Grabe schöne Worte; er sei eine Hoffnung der Industrie gewesen. Der Witwe aber legte er eine Monatspension von 150 Mark aus. Der Junge besuchte das Gymnasium weiter.

Der Krieg kam und mit ihm das Elend auch über die Weiden. Ein Stück nach dem anderen mußte verkauft werden. Die Mutter ist zu schwach zum Arbeiten, zu stolz zum Betteln. Sie schreibt dem Industriekönig; er antwortet nicht, entsinnt sich kaum des Namens und würde die Frau sicher nicht wiedererkennen, wenn er sie sähe. Die getrockneten Pergamentblätter ist ihr Gesicht, das durch zwei eulenartig gequollenen Augen anlagert und schreit. Die ganze Gestalt auf ein unheimliches Maß eingeschrumpft und genau so grotesk wie ihr Sohn mit Lippen aus besserer Zeit behangen.

Ein Menschentier.
Der Sohn ist der Erste in seiner Klasse; ein Mathematiker von unerhörter, instinktiver Fassungskraft, wie der Vater. Er erteilt

Erhöhung der Miethöchstgrenze auf 30 Proz.

Der Wohnungsverband Groß-Berlin versendet folgende Mitteilung:

Nachdem zu der vom Verbandsauschuß am 3. Juli beschlossenen Erhöhung der Höchstgrenze für Mietzinssteigerungen von 20 auf 30 Proz. nunmehr die Zustimmung des Wohlfahrtsministers eingegangen ist, beschloß heute der Verbandsauschuß ihre Publikation. Die kurze Nachtragverordnung lautet: „Die im § 1 der Verbandsverordnung vom 14. April 1920 festgesetzte Höchstgrenze wird von 20 auf 30 Proz. für Industrie- und Wohngebäude von 30 auf 40, für Geschäft- und Industriehäuser von 40 auf 50 und für Läden mit über 2400 M. Mietwert von 30 auf 40 Proz. erhöht. Laufende Verträge werden von der Verordnung nicht berührt.“

Die durch die Nachtragverordnung vorgenommene Erhöhung der Mietzinsgrenze um 10 Proz. ist durch die starke Steigerung der öffentlichen Abgaben und Gebühren für Kanalisation, Gas, Wasser usw. erforderlich geworden. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die vom Wohnungsverband zugestimmte mäßige Mieterhöhung hinter der durch die Erhöhung der öffentlichen Lasten erfolgten Belastung des Hausbesitzes zurückbleibt, so daß die Verordnung des Verbandes einerseits auf die schwierige Lebenshaltung breiter Bevölkerungsschichten die gebührende Rücksicht nimmt, andererseits bestrebt ist, die starke Belastung des Hausbesitzes wenigstens in der Hauptsache auszugleichen zu helfen.

Bras auf Meissen. Einer Berliner Dame wurde dieser Tage in Marienbad aus ihrem Schmuckkasten ein Schmuckstück im Werte von 400 000 Mark gestohlen. Der Verdacht lenkte die Kriminalpolizei auf die in Berlin wohnende spanische Tänzerin Diviana, die in der Landshuter Str. 27 als Rentiere lebt, einen Spielklub unterhielt und in Marienbad durch Pokerspiel große Summen verloren hatte. Einer der Diebe, der russische Student Epstein, wurde verhaftet und gab eine Stelle im Wald an, wo man seinen Anteil an dem geraubten Gut vergraben fand. Ein anderer Mittäter, Jakob Rosblatt, ist mit einem Teil der Beute nach Berlin geflüchtet und wird von der Berliner Kriminalpolizei verfolgt. Die Tänzerin wurde in Marienbad im Polizeigewahrsam untergebracht, befreit jedoch jegliche Schuld an dem Diebstahl.

Den „Armen“ Reichen, die immer wieder mit so ungeheuren Beträgen spekulieren oder auf Aktien gehen, um sich dann beistehlen zu lassen, ist wirklich nicht mehr zu helfen.

Mit 100 000 Mark durchgebrannt ist aus Wannheim der 31 Jahre alte Verwaltungsratsmitglied Ludwig Breuning. Er brachte das Geld gleichfalls durch Schiedscheidung an sich. Nach den Ermittlungen der Mannheimer Polizeibehörde soll sich Breuning, der Papieren auf den Namen Johann Ludwig Schäfer belüßt, nach Berlin gewandt haben. Der Flüchtling ist 1,65 groß und blond, hat ein herloses Gesicht und kleine Augen und trägt einen braunen Anzug, einen weichen Filzhut, schwarze Lederschuhe und Stiefeln mit umgelenkten Ecken.

Briefpostbeförderung nach Amerika. Der holländische Dampfer „Konink“ wird von Rotterdam nach New York am 31. Juli abgefahren. Postschiff beim Postamt 2 in Emmerich am 29. Juli vormittags und beim Postamt 1 in Hamburg am 27. Juli abends. Der Postschiff für die italienischen Posten „Andriana“ und „Principe di Ubine“, von Genoa nach Rio de Janeiro um, am 28. und 31. Juli, tritt beim Postamt 9 in Frankfurt (Main) am 28. und 26. Juli mittags ein. Der am 28. Juli von Amsterdam nach Rio de Janeiro um, abgehende holländische Dampfer „Limburgia“ wird nur zur Beförderung von Briefsendungen mit Postwertmarken benutzt.

Aus der Ernst Kühnischen Stiftung sollen am 27. September jeden Jahres Unterhaltungen von wenigstens a) 100 M. an notleidende, in Berlin wohnhafte, selbständige Schriftsteller, Buchdrucker und Gehilfen, b) 50 M. an notleidende, in Berlin wohnhafte Witwen oder eheliche Tochter von verstorbenen, zuletzt in Berlin wohnhaft gemessenen Schriftstellern oder Buchdruckern — ohne Unterschied des Religionsbekenntnisses — vergeben werden.

Gesuche mit Angabe über die Dauer des Aufenthalts in Berlin sind innerhalb 14 Tagen an die Städtische Stiftungs-Deputation, Straßauer Str. 88 II, einzureichen.

Preis. Heute abend 7 1/2 Uhr in Weders (sozialen, Schauspielfrage 97: Kochportrag.

Nachmittagsstunden denen, die dämmer, aber reicher sind als er. Freilich sind es nur Wenige, die ihm Arbeit und Verdienst gewähren. Er ist ja Jude, also Paria.

Oft sehe ich die beiden Arm in Arm wandeln durch unseren kleinen Vorstadtpark, der in seinem dämmerigen Abendhimmel dem kleinen Paar ein besserer Freund ist als die Menschen. Die Alte schleppenden Ganges, die Augen bohrend und saugend auf das ausklingende Abendrot gefesselt, das ein besseres Morgen verheißt. Der Junge im gewohnten stolzen Storchschritt, lergengerade und mit einem Ausdruck rüffeliger Selbstbeherrschung und Gehärdigkeit, wie ich ihn oft bei seinen zukunftsreichen Stammesbrüdern in Palästina sah. Verwundert muß ich den Weiden immer nachblicken.

Neulich habe ich den Jungen angesprochen. Schwer wurde es mir, die Eisdecke seiner Stiefel zu durchbrechen, ihn zu überzeugen, daß ich Mensch sei wie er. Und da füllte ich hinter ungelassenen Worten eine Kraft schlummern, die sich einmal mit vulkanischer Gewalt Entfaltung erzwingen wird.

Er wird seinen Weg gehen. Wohin?

Die Gründung der Volkshäuser Norden veranlaßte uns zu Einwürfen und Fragen, zu denen jetzt der Vorsitzende der Pankower Gründung in einer Zuschrift an uns Stellung nimmt. Wir können nur für ihre Hauptfrage Raum ausbringen und entnehmen ihr zunächst, daß zwischen der Groß-Berliner Volkshäuser und dieser Pankower Sonderorganisation Verhandlungen eingeleitet worden. Dr. Eisner sagt: Die Verhandlungen haben bisher ergeben, daß auf beiden Seiten Vereinstätigkeit vorhanden ist, sich gegenseitig zu unterstützen. Sobald die Volkshäuser Berlin einen Weg findet, der uns innerhalb der großen Organisation unsere örtliche Selbstständigkeit (vor allem auch mit Bezug auf den Spielplan) gewährleistet, sind wir jederzeit bereit, uns eingliedern zu lassen. Wer auf dem Standpunkt steht, daß die Berliner Volkshäuserbewegung zum ungehinderten Aufblühen die Einheit der Organisation braucht, wird die Mitteilung, daß die Pankower Gründung sich Verhandlungen zugänglich zeigt, begrüßen. Man kann allerdings ein Bedauern nicht unterdrücken, daß die Gründung vollzogen und belanntgegeben wurde, ehe Verhandlungen mit einem festen Ergebnis der Art des harmonischen Zusammenarbeitens vorlagen.

Auf unsere Frage, warum die Pankower Gründung den Namen „Volkshäuser Norden“ gewählt habe (ohne doch ein Glied der Berliner Volkshäuser zu sein), sagt Dr. Eisner: „Weil wir durch Verhandlungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten festgesetzt haben, daß wir auf derselben Grundlage und mit denselben Zielen arbeiten wie die Berliner Volkshäuser und daß ein verwaltungstechnisches Zusammenarbeiten zuerst nur erwünscht ist, da die alte Volkshäuser noch an der Zentralisation festhält, wir jedoch von dem Gedanken der Zentralisation ausgehen.“ Das Wesentliche dieser Dezentralisation steht Dr. Eisner in der Einteilung der ganzen Theatergemeinde in Bezirke, von denen jeder ein stehendes Theater erhält. Dennoch hätte also die Vorbedingung der Pankower Gründung die Existenz eines Theaters im Norden gewesen sein müssen. Aber wo gibt es das? Ein bloßes Saaltheater reicht nicht aus, um Aufgaben zu lösen, wie die Berliner Volkshäuser sie sich zu stellen hat und auch zu

Kamend. Gemeindevertretung. Ein besonderes Gepräge erhielt die letzte Gemeindevertretung durch den Einzug des ersten weiblichen Mitgliedes. An Stelle des ausgeschiedenen Gemeindevertreters Herrmann wurde Frau Anna Sand (Soz.) durch den Kandidat in ihr Amt eingeführt. — Die in mehreren Ausschüssen entstandenen Lücken wurden durch Neuerwerbungen ausgefüllt; ebenfalls wurden 18 neuerwählte Armenvorsteher und deren Stellvertreter bestätigt. — Dem Gemeindevorstand wurde eine wöchentliche Zulage von 23 Mark bewilligt. — Das Projekt, betr. Verleinerung der elektrischen Straßenbahn, wurde wegen der hohen Kosten zurückgestellt. — Der Erwerb des Invalidenheims soll aus der für die beschlossene 2-Millionen-Anleihe mit gedeckt werden. — Der Erwerb des Grundstückes für eine Synagoge der Landesversicherungsanstalt auf das Röhdenheim in der Havelstraße von 3/4 auf 1/4 Proz. wird zugestimmt. — Eine vorgelegte Satzung für den öffentlichen Arbeitsnachweis wurde einer feingliedrigen Kommission zur Vorberatung überwiesen. Gemeindevertreter Bolter wünscht den Radweg in einen obligatorischen Umgehungsradweg, damit die Unternehmer verpflichtet wären, ihre Arbeitskräfte von dort zu nehmen. — Das Grundbuch Verleiner-Str. 9 wird von der Gemeinde für 150 000 M. erworben. — Mit der Kündigung des Vertrages mit Nikolassie über den Besuch von Kindern in hiesigen Schulen zum 1. April 1921 ist die Vertretung einverstanden.

Waldmannskl. Aus der Gemeindevertretung. Der Abschluß für 1919 ergibt einen rechnerischen Ueberschuß von 355 165 Mark. Dem Antrage des Rektors der Gemeindegemeinschaft auf Erziehung eines kleinen Schulgartenes an der neuen Straße wird zugestimmt. Unser Genosse Binger nimmt die Gelegenheit wahr und erinnert an die guten Erfolge mit Schulgartenarbeit in Neukölln und beantragt, das Gemeindegelände zu solchen Schulgarten zu verwenden. Der Gemeindevorstand nimmt die Anregung zur Weiterbearbeitung in der Schuldeputation auf. Der Wasserpreis für Verbraucher muß auf 80 Pf. festgesetzt werden. Die Neuordnung der Befoldung der Gemeindebeamten muß veranlaßt werden, da die Einweisung noch nicht richtig geordnet ist. Die Ausbesserung des Siegelzuges wie auch der Rücklauf eines im Jahre 1910 verkauften Gemeindegeländes soll durch die Enquete-Kommission geprüft werden. Für Unterbreitung erledigungsbedürftiger Schulinder wird der ausgemerkte Betrag auf 8000 M. erhöht. Für die Verwaltung der Volkshäuser werden 800 M. ausgezahlt. Der Antrag der Neuen Boden-L.G. auf Umtausch von hinterlegten Papieren wird genehmigt.

Marienbad. Gemeindevertretung. Genosse Juda machte vor Eintritt in die Tagesordnung davon Mitteilung, daß über seine Geschäftsführung als stellvertretender Gemeindevorsteher in der letzten Sitzung seitens der Unabhängigen eine Beschwerde beim Landrat eingegangen ist. Derselbe ist mit dem Besch. zurückgegangen, daß Genosse Juda fortgesetzt vorgegangen ist. Dem Vizepräsidenten der Beschwerde, dem H.S.V.-Schiffen Günther wird aufgegeben, sich über sein Vorgehen zu äußern und Bericht zu erstatten. Mit diesem Besch. wollen sich die Unabhängigen natürlich nicht zufriedengeben. Genosse Juda macht davon Mitteilung, daß während des Urlaubs des Genossen Waldheim ihm die Geschäfte des Amtes und Gemeindevorsteher vom Landrat übertragen sind. Auch hiergegen wird von den Unabhängigen Protest eingelegt. — Der vorgeschlagene Anschlag für das Jugendamt wird bestätigt. Von unserer Seite sind gewählt die Genossen Gerlach, Ansel und Baetjch. — Die Feststellung eines zweiten Nachtrages zum Voranschlag für 1919 wird genehmigt. — Dem Gemeindevorstand wird die Ermächtigung erteilt, ohne Genehmigung des Rates die notwendigen Ausgaben für das 2. Quartal 1920 zur Anweisung zu bringen; hiergegen stimmen die Unabhängigen. Hierauf wurden verschiedene Nachbewilligungen genehmigt. Die angeforderten Mittel zur Beschaffung eines Desinfektionswagens werden genehmigt, nachdem Genosse Kewes erklärt hatte, daß der Wagen für unsere Verhältnisse genügt und besonders preiswert ist. — Die Befoldungsordnung für die Beamten und Angestellten wird nach dem Berliner Muster mit einigen unwesentlichen Änderungen seitens des Stadtschulrates bewilligt; den Lehrpersonen sollen Vorstufungen gewährt werden. Nachdem noch mehrere Nachbewilligungen erledigt und verschiedene Bescheide zur Kenntnisnahme der Gemeindevertretung gebracht waren, wurde eine Beschwerde des Rittersbundes verhandelt. Genosse Rosod kritisiert an Hand eines reichhaltigen Materials

haben haben würde, wenn sie sich auf das Niveau eines besonders gearteten Stadtdistriktes mit ihrem Spielplan einlassen wollte. Man darf also wohl erwägen, ob nicht die Pankower Gründung auf ein Fundament aus Luft gebaut worden ist. Solche Arbeit läßt der Ruf der Berliner Volkshäuser allerdings nicht zu, und es ist auch nicht recht zu verstehen, wie die Pankower Gründung bei solcher Sachlage den Anspruch der örtlichen Selbstständigkeit innerhalb der Volkshäuserorganisation in der Art, wie sie es tut, erheben kann.

Die Berliner Mundart. Erich Vogel teilt uns mit: In Nr. 330 ist eine Entgegnung auf einen von mir in Nr. 219 veröffentlichten Aufsatz erschienen. Die Zugnote begann aber im Manuskript mit den Worten: „Ueber das Verhältnis der neuhochdeutschen Schrift- und Umgangssprache zu den Mundarten...“ durch einen Schreibfehler ist „zu den Mundarten“ leider zu dem Titel des dann genannten Buches von Ridel gerückt worden. (Mit dieser Feststellung erledigt sich also der Hinweis in Nr. 330, daß Herr Vogel sein Urteil ätiert habe. D. Red.) Im übrigen hält Erich Vogel sein Urteil aufrecht, daß auch in Lehrbüchern über jenes Verhältnis noch ganz falsche Darstellungen verbreitet seien. Das Urteil trifft leider sehr zu. Er schreibt: „Wenn das auch im Schulunterricht nichts ausmacht, so kann es doch zu Uebelständen führen, wenn Lehrer im Bewußtsein ihrer Autorität über sprachwissenschaftliche Fragen schreiben. Für eine früher bei Langenscheidt erschienene Zeitschrift war der Aufsatz eines Rektors über die deutsche Sprache und die Sprachentwicklung ohne weiteres angenommen worden, wurde mir aber beim Abdruck glücklicherweise noch erst zur Prüfung vorgelegt. Die Hälfte war phantastisches Zeug, kritisch aus einem noch unfinzigeren Buche abgeschrieben. In der Germania-Romanischen Monatschrift hat kurz vor dem Kriege ein Literaturprofessor Wäcker für das sprachwissenschaftliche Studium empfohlen, von denen eine derartig vorwissenschaftliche Vorstellungen über die Sprachentwicklung bringt, daß man sich wundert, wie ein solches Buch überhaupt einen Verleger finden konnte. Ein klassisch gebildeter Gymnasial-Überlehrer, den ich vor einiger Zeit sprach und der erst vor drei bis vier Jahren seinen Doktor gemacht hat, stellte es als zweifelhaft hin, ob die Aussprache des c vor e und i im Lateinischen i oder schon etwa i-artig gewesen sei. Ihm waren aber nicht die Lehrwörter Reiser, Kaiser usw. bekannt, die allein schon (neben anderen Zeugnissen) für die Aussprache als i zeugen. Die vortrefflichen Arbeiten von Paul Hirt, Jespersen, Sütterlin und vielen anderen sind eben leider noch nicht einmal in wissenschaftlichen Kreisen allgemein bekannt.“

Clara Diebig 60. Geburtstag. In dem Neudruck-Verlag durch Ausgabe eines Doppelbandes (6129, 6130) gefeiert worden, das nach einem autobiographischen Bismarck der Schriftstellerin unter dem Titel „Wit und Wit“ eine Auswahl von Romanen aus den „Naturgemalten“, der „Heimat“ und der „Kolonien“ bietet.

Ein unbekanntes Werk Grünwalds, aber nicht das Original, aber doch eine in den Tagen offenbar genaue Kopie, gelangte aus der Hertenbergischen Schloßbibliothek in Bolkow in die Donauwälder Gemäldegalerie. Es ist ein großes Bild, das eine Kreuzigungsgruppe darstellt: Das Kreuz von links gesehen, vorn groß und hoch die angelegte Leiter, vom Rücken her der Körper Christi in der Leinwand, den Kopf hinter den Armeulärm verdeckt, zu Füßen trauernd Magdalena laut auflachend. Das Bild wird jetzt in Seemanns „Zeitschrift für bildende Kunst“ wieder gegeben.

berühmte Beschlüsse des Ministeriums. Er heißt den Antrag, daß der Gemeindevorstand beauftragt wird, durch die Aufstellung einer Kommission der Beschlüsse des Ministeriums vorzunehmen zu lassen; dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Eine weitere Beschlüsse des Ministeriums wegen Nichtbeachtung der von ihm vorgeschriebenen Wohnungspflichten wird auf Antrag des Gemeindevorstandes einstimmig angenommen. Die Beschlüsse des Ministeriums mit einer Ausnahme gutgeheißen werden und die Wohl nimmend sofort erledigt wird. — Für die höheren Lehranstalten werden weitere Ausschüsse benannt und die dadurch entstehenden Nebenkosten genehmigt. Eine besondere Beschlüsse über die bisherige Zustände auf dem Gebiete des Schulwesens wird die Eingetragene nach Berlin zur Marienstraße bringen. Wir haben für die Gemeindefürsorge bisher freie Lehr- und Lernmittel zur Verfügung gestellt. Im neuen Etat dürfen Mittel dafür nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Eine generelle Regelung erfolgt durch die Stadtkommissionen von Berlin. Die angeforderte Summe für die Ueberführung dieser Position in Höhe von 20000 M. wird einstimmig genehmigt. Dem Antrag der Landeskommision betreffend Beschlüsse über die mit der Revision zusammenhängende Beschlüsse wird mit der Revision zusammenhängende Beschlüsse anerkannt wird. Die endgültige Regelung soll durch Berlin erfolgen. — Die bisher von der Kirchenverwaltung unterhaltenen Kinderkrippe soll bis zur endgültigen Ueberführung in Gemeindevorstand vorläufig weiter fortgeführt werden. Die entstehenden Kosten dafür werden in Höhe von 1500 M. bewilligt.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Seit dem 20. d. Mts. ab wird auf die B- und H-Karten bis auf weiteres $\frac{1}{2}$ Liter Vollmilch herausgegeben. Die übrige Belieferung bleibt unangetastet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 20. Juli:

9. Ust. Eine Sitzung findet heute nicht statt. Die gestrige Ausgabe erschien verächtlich. Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Ortsgruppe Tempelhofer 7, Uhr in Bülch Singsheim, Kaiser-Wilhelm-Eds Herderstraße: Vortrag über Kommunalpolitik. — Ortsgruppe Lichtberg: 7, Uhr bei Schlichter, Simonsstr. 42. Genosse Sauerbrot Dr. Ragnus Dirschfeld: Vortrag über Sozialwissenschaft. Alle Jugendgenossen sind herzlich eingeladen.

Achtung, Beamtenverhandlungen! Am Laufe des Tages sind Handzettel vom Beamtensekretariat, in den Seiten 23, Zimmer 10, von sämtlichen Vertrauens- und Delegierten abgeholt.

Morgen, 21. Juli:

Gruppe Osten II. (Abteilung 19-22) 7, Uhr Sitzung der Bezirksleiter und Betriebsleiterkreise bei Basse, Nollplatz 29. Es sei ein unbedingt notwendig.

28. Ust. Die Genossen treffen sich mit Familie und Göttern am Sonntag von 3 Uhr nachmittags ab im Lokal Ushbaum, Treptow, gegenüber der Ust.

Schwerhörigengruppe. 7 Uhr wichtige Versammlung bei Reimer, Kommandantenstr. 46.

Treptow. 8 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des Gymnasiums in der Felsenstraße. Vortrag eines Verhandlungsteilnehmers über Epa.

Jugendveranstaltungen.

Heute $\frac{1}{8}$ Uhr:

Bernau. Jugendheim A. Kemmer, Badstr. 2: Vortrag. — Charlottenburg. Jugendheim Rosinenstr. 4 (Vollhaus): Lesabend. — Niederlichonweide. Jugendheim Gemeindefürsorge Berliner Str. 31: Diskussionsabend: „Die Gewerkschaften“. — Trauten. Jugendheim Gartenstraße: Diskussionsabend. — Weihensee. Jugendheim Woidpromenade 1: Vortrag.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führerband, Bezirk 5 und 6 (Osten und Lichtberg): Außerordentliche Versammlung, heute, Petersburger Str. 4. Schule, Bezirk 5 (Norden): Versammlung, heute, Köllner Str. 36. — Konzert des Bläser-Orchesters mit dem Männer- und Frauenchor Ost und Frauenchor Norden, Freitag, 7, Uhr, in der Neuen Welt. Dirigent: Franz Reiche. Karten sind zu haben bei A. Berheim: Orchesterbureau, Köllnerstr. 76 (11-1 Uhr) und an der Abendkasse. — Spezialanalyse in ihrer chemischen, physikalischen und atmosphärischen Anwendung lautet das Thema des Vortrags, den Herr Dr. Ing. E. C. Glaser Mittwoch, 7, Uhr, im großen Saal der Treptow-Station halten wird. Beobachtungen mit dem großen Fernrohr bot und nach dem Vortrag.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittags. Zeitweise heiter. Am Tage mäßig warm aber veränderlich. Am nächsten Morgen noch ziemlich und schließlich stark, in anderen Gegenden mehr bewölkt und geringe Regenfälle.

Wirtschaft

Reichspost kontra Kraftverkehrsgesellschaft.

In Deutschland bestehen 16 Kraftverkehrsgesellschaften, die mit aus den Person- und Gütertransporten übernommenen Kraftwagen einen Post- und Fernverkehr als Zubehör zu den Post- und Kleinbahnen organisiert haben. In diesen Gesellschaften ist kein Privatkapital, sondern Kapital des Reiches, der Provinzen, Kreise, Städte und Gemeinden beteiligt. Die Gesellschaften besitzen 2700 Personen und arbeiten mit 2140 Kraftwagen außer den Omnibussen. Von den Omnibussen fahren 117 im Verkehr. 14 sind für Brandenburg bestellt und bezahlt.

In Bayern besteht die P. K. seit längerem einen Kraftwagenverkehr. Nun wird auch die Reichspost dazu übergehen, die 280 Kraftwagen besitzt und in Konkurrenz mit den Kraftverkehrsgesellschaften überall Omnibusse aufkauft und die Preise hochtreibt.

Während die Post nur den Personverkehr aufnehmen will, betreiben sich die Kraftverkehrsgesellschaften hauptsächlich mit dem Lastverkehr, Kohle, Getreide, Kartoffeln, Baumaterial usw., weil ein reiner Personverkehr sich nicht rentiert. Das wird aber noch schlimmer, wenn nun auch die Post als Konkurrentin auf solchen Linien auftritt. Während bekanntlich bei den Kraftwagenführern große Arbeitslosigkeit besteht, geht die Post dazu über, eigene Fahrer neu auszubilden.

Als wir kürzlich über die Deutsche Werke A. G. (früheren Reichsstraßen) berichteten, haben wir auf den skandalösen Zustand hingewiesen, daß die Post bei der Vergabe von Aufträgen die Reichswerke geradezu boykottiert. Hier finden wir nun weiter in dem Verhältnis der Post zu den Kraftverkehrsgesellschaften ähnliche Verhältnisse. Auch diese Gesellschaften sind ja keine Privatunternehmen, sondern gemeinwirtschaftliche Verkehrsunternehmen. Wir haben bemerkt, daß es nicht an dem Minister liegt, sondern an den Deputierten, denen das Verständnis zu fehlen scheint, daß Deutschland in seiner großen Armut sich den Luxus eines gegenseitigen Arbeitens der Reichsposten und gemeinwirtschaftlichen Unternehmen nicht gestatten kann. Wiederholt haben wir zum Ausdruck gebracht, daß und der Direktor soll, der alle diese von Bureaukratischen im Geist erfüllten Dienststellen, die die grenzenlose Eigenbrötelei treiben, mit eiserner Faust zu einem vernünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeiten bringt. Wir müssen an die Reichsregierung und den Reichstag die Aufgabe richten, wie lange dieses planlose Arbeiten auf dem Gebiet der Ausgestaltung des Verkehrs noch dauern soll. Es ist dringend notwendig, daß in einem Zentralauschuss Eisenbahnen, Post, Schifffahrt, Luftverkehr und Flugverkehr noch ein einheitlicher Plan bearbeitet werden und jegliches gegenseitigen Arbeitens ausgeschlossen wird. Bei den Kraftverkehrsgesellschaften sind circa 3000 Menschen beschäftigt, die auch ein sehr großes Interesse daran haben, daß ihre Unternehmen lebensfähig bleiben, abgesehen von den großen Kapitalien, die öffentliche Körperschaften für sie hergegeben haben.

Auch für Groß-Berlin hat diese Frage eine besondere Bedeutung. Es bedarf der eingehenden Prüfung, inwieweit die zahlreichen kommunalen Fuhrwerke sich mit der gemeinwirtschaftlichen Kraftverkehrsgesellschaft Marx vereinigen lassen, um die Vorteile des organisierten Großbetriebes voll auszunutzen zu können. Bei den außerordentlich hohen Unterhaltungskosten der Kraftwagen kann nur eine ganz rationelle Ausnutzung von Material, Betriebsmitteln und Personal wirtschaftliche Betriebsverhältnisse ermöglichen. Nur im Großbetrieb läßt sich die fast wachsende Verkehrsmittel ausgleichen, jedoch der ganze Wagenpark möglichst ständig im Vollbetrieb gehalten werden kann.

Im Interesse unseres Verkehrswesens und unserer vorrückenden Wirtschaft müssen wir hoffen, daß recht bald eine Verständigung erzielt wird, die den zurzeit bestehenden unwirtschaftlichen Zustand beseitigt.

Gerichtszeitung.

Krankheit oder Verbrechen? Diese Frage hatte die Berlin-Prozesskammer des Landgerichts II zu entscheiden. Der Angeklagte, ein Lagerist A., ist schon achtmal wegen Sittlichkeitsverbrechen mit insgesamt 11 Jahren Zuchthaus bestraft worden und fand nun wieder wegen der gleichen Verletzung vor der Strafkammer.

Der Angeklagte, der verheiratet ist, hat immer die gleiche Handlung begangen. Er ist bisher niemals auf seinen Ehestand unterrichtet worden; in dem jetzt zur Angeklagten neuen Fall wurden aber auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Riemann die Sachverständigen Sachverständigen Dr. Magnus Dirschfeld, Dr. Arthur Franke und Dr. Thiele, als Gutachter des Strafschiffes Dr. Katten, gutachtlich angenommen. Diese haben übereinstimmend festgestellt, daß der Angeklagte an einer organischen Erkrankung der zentralen Hirnrinde leidet, die ein Zurückbleiben seiner Sexualität auf kindlicher Stufe zur Folge gehabt hat. Der Angeklagte zeigt wannnigende Körperliche Anzeichen einer zurückgebliebenen Entwicklung. Es sei, so schloßten die Sachverständigen, anzunehmen, daß durch eine entsprechende operative Behandlung ein vorzeitiger Ausbruch von seinen sexuellen Trieben befreit wird. Auf Grund dieser bestimmten Gutachten beantragte der Staatsanwalt die Freisprechung. Das Gericht folgte sich dem an.

Sport.

Der Arbeiter-Wassersport-Verband hielt sein 2. Sportfest im Stadion Grunewald ab. Die Teilnahmen waren bis auf den letzten Platz besetzt. In den einzelnen Konkurrenzen zeigten die Schwimmer gute Leistungen, trotzdem im Winter die Bäderkanten verfallen waren. Im Reigen der Schwimmer zeigten die Leipziger Schwimmer das sie im vollstündigen Schwimmen und Wasser vorführungen auf der Höhe sind. Großen Beifall fand das Gruppenpringen, in welchem dem Publikum gezeigt wurde, daß auch das Springen in Wasser vorführungen gepflegt wird. Auch wurden Rettungsvorführungen vorgeführt. Hierin zeigten die Arbeiter-Schwimmer ihre guten Fähigkeiten. In der Städte-Lagerkaffee gab es ein heißes Ringen. Berlin sicherte sich den 1. Platz. Die Wasserballspiele zeigten bei gutem und klarem Spiel die Gleichheit der Berliner mit den auswärtigen Gästen. Nachstehend die Resultate:

Ringerkaffee 4x50 Meter. (Schwimmer belegen): 1. Freie Schwimmer Neulöh. 2. Schwimmverein „Vorwärts“. 3. Schwimmverein „Magdeburg“. — Damenruderkaffee 100 Meter. 1. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 2. H. Weidlich, S. A. Neptun. 3. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 4. Freie Schwimmer Neulöh. — Männer-Springen. 3 Rührsprünge aus den Gräben 8, 9, 10. 1. E. Ding, E. B. Weidlich. 2. Lehmann, H. E. B. Leipzig. 3. Biesner, Freie Schwimmer, Weidlich. — Männer-Schwimmen (100 Meter belegen). 1. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 2. Freie Schwimmer Neulöh. 3. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 4. Freie Schwimmer Neulöh. 5. Schwimmverein „Vorwärts“. 6. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 7. Freie Schwimmer Neulöh. 8. Schwimmverein „Vorwärts“. 9. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 10. Freie Schwimmer Neulöh. 11. Schwimmverein „Vorwärts“. 12. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 13. Freie Schwimmer Neulöh. 14. Schwimmverein „Vorwärts“. 15. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 16. Freie Schwimmer Neulöh. 17. Schwimmverein „Vorwärts“. 18. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 19. Freie Schwimmer Neulöh. 20. Schwimmverein „Vorwärts“. 21. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 22. Freie Schwimmer Neulöh. 23. Schwimmverein „Vorwärts“. 24. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 25. Freie Schwimmer Neulöh. 26. Schwimmverein „Vorwärts“. 27. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 28. Freie Schwimmer Neulöh. 29. Schwimmverein „Vorwärts“. 30. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 31. Freie Schwimmer Neulöh. 32. Schwimmverein „Vorwärts“. 33. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 34. Freie Schwimmer Neulöh. 35. Schwimmverein „Vorwärts“. 36. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 37. Freie Schwimmer Neulöh. 38. Schwimmverein „Vorwärts“. 39. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 40. Freie Schwimmer Neulöh. 41. Schwimmverein „Vorwärts“. 42. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 43. Freie Schwimmer Neulöh. 44. Schwimmverein „Vorwärts“. 45. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 46. Freie Schwimmer Neulöh. 47. Schwimmverein „Vorwärts“. 48. A. Kammberg, H. E. B. Nord. 49. Freie Schwimmer Neulöh. 50. Schwimmverein „Vorwärts“.

Die Vereinigung Treptower Rennfahrer bringt zu ihrem Abendrennen am Mittwoch ein außerordentliches Programm. Nicht weniger als 42 Fahrer treffen sich in einem Hauptfahren mit Vor- und Hochleistungsrennen um den Preis vom Planterwald. Ein Vorgabefahren über 4 Runden (Hill-Gamann-Erinnerungsrennen) offen für alle Inplazierten im Hauptfahren bringt etwas Abwechslung. Das Stundemannschäferrennen verspricht sehr interessant zu werden, zumal so gute Fahrer wie: Sonnens-Dahn, Münzner-Padeh, Lechner-Hübel, Schöder-Stig, Häubler-Begener, Abraham-Petri, Kubela-Rendelbacher, Krabner-Müller, Gebr. Lieb, Schulz-Kein, Amort-Ringelberg, Kops-Biegand, Niede-Dahnke, Freiwald-Siel, Kuper-Adamski, Feurich-Dopp, am Start erscheinen. Auch die beiden Tandemrennen versprechen guten Sport. Es starten 12 Tandempare. Den Schluß des Abends bildet ein Kränzenfahren, offen für alle Inplazierten, um das Franz-Schmitzer-Gedächtnisrennen. Die Rennen beginnen pünktlich um 6 Uhr.

Die gute Massary-Zigarette. Die Zigarettenfabrik „Massary“ steht eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin, ihre Fabrikate, die mit Recht sich allgemeiner Beliebtheit erfreuen, in diesem Auf zu erhalten. Es liegt im Interesse eines jeden Rauchers, sich von der Güte der hervorragenden Spezialmarken: Klasse 80 Pf., Gold 40 Pf. zu überzeugen. Urteilen Sie selbst.

Verein Berliner Buchdruckmaschinenmeister.

Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, im „Berliner Clubhaus“, Ohmstraße 2: Ordentliche Generalversammlung.

Zugabe: Wie auf den Mitteilungen bekanntgegeben. Da in der Versammlung wichtige geschäftliche Fragen über die Maschinenbedienung behandelt werden, die für unsere Sparte von weitestgehender Bedeutung sind, in sämtlichen und vollständigen Erscheinungen unbedingt notwendig sind. Die arbeitenden Spartenmitglieder werden dringend ersucht, an der Versammlung teilzunehmen. Adolf Uebe, 1. Vorsitzender.

Ankauf von Juwelen Margraf & Co. 27. Kanonenstraße 9.

Zähne 4... Tellzahlung. Kronen 18 M. Plomben 1.30. Zahnlehen mit Einspr. höchst schmerzlos. Umarm. schlechtes Gebisse. Rep. Zahnarzt W o 111 sof. Potsdamer Str. 35, Hochb. Sprech. 6-7.

Rauchtabak frisch eingetroffen, pakettiert und handrolliert, per Pfd. 18.—, 23.—, 25.—, 26.50, 28.50, 30.—

Zigarren Einige 100 Mille erstklassige Fabrikate, handrolliert, von den billigsten bis allerbesten Sorten, äußerst billige Preise: 42.—, 54.—, 60.—, 66.—, 148.—

Fritz A. Ziegler Berlin Großhandlung Berlin Kochstraße 30. Umland 4553.

Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D.

Große öffentliche Versammlungen

Die wachsende Lebensmittelverknüpfung und ihre Ursachen

Dienstag, den 20. Juli, abends 7 Uhr: Aliens Festfale, Hasenheide 13.

Mittwoch, den 21. Juli, abends 7 Uhr: Pagenhofer Anshant (Vollbrauerei), Fildinstr. 2/3.

Deutscher Hof, Ludauer Str. 15.

Musiker-Vereinhaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.

Berliner Vollbrauerei, Chanfstr. 64.

Prachtfale des Ostens, Frankfurter Allee 50.

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3.

50000 M. Belohnung zahle ich nicht, aber nachweislich die höchsten Preise für Gold-, Platin- und Silberbruch sowie Brillanten, Uhren, Zahngebisse usw.

H. WIESE Artilleriestraße 30. Wagon dringenden Bedarfs zahle für Platin 73 Mark (Frei!) Fahrt wird vergütet.

Stellenangebote

Redakteur gesucht. Für das seit dem 1. Februar in Detmold erscheinende „Volksblatt“ wird zum 1. August ein erprobter Redakteur gesucht. Es kann nur eine wertvolle Stelle in Frage. Bewerbungen unter Angabe der Gehaltsansprüche erbeten an den Vorsitzenden der Prüfungskommission: H. Drake, Detmold, Botanikstr. 2. 200/16

Krankenschwestern für Anhalten, Klinken, Sanatorium und Polikliniken verlangt. Wohnungen mit Verpflegung im Krankenhausgebäude des Stadt Berlin, Friedrichstraße 110-112. Besondere Lohnverhältnisse. 110-112

Zeiger und Glasarbeiter. Für eine Glasfabrik und Glasarbeiter wird sofort ein schlüssiger, am liebsten unbescholtener Mann, welcher mit allen dazu gehörigen Vorkenntnissen versehen ist, nach Kopenhagen gesucht. 181/15 Offerten unter B. 2852 an Wolffe Box, Kopenhagen K.

Gärtler gesucht, betraut mit der Herstellung von Blumen für Hochzeiten, selbstständig arbeiten, sofort nach Kopenhagen bei gutem Lohn. Offerten unter B. 2861 an Wolffe Box, Kopenhagen K. 181/14

Maschinenwärter, fleißig und zuverlässig, von größerer Fabel in Berlin (mit sofort gesucht. Derselbe muß möglichst gelernter Schlosser sein und Kenntnisse besitzen in der Bedienung und Instandhaltung von Maschinen, Sägen, Hobelmaschinen, Schleifmaschinen (Sägen elektrisch), in der Bedienung und Instandhaltung von Automobilmaschinen, in der Bedienung und Instandhaltung von Dampfmaschinen (für Niederdruckdampf). Eigene kleine Schlosserei zum Reparieren von Maschinen vorhanden. Off. Anträge und Angebote der Maschinenfabrik, zuz. Zuschriftungen und Besprechungen a. d. Geschäftsstelle dieser Zeitung unter 1. 4. 181/15

Gärtler! Guten Bescheid! Berlin-Haus 41. Rintz Frankfurter Str. 11. 17192*

Sacksiedemeister

und Spritlackmeister für eine neue Fabrik mit deutschen Direktor in größerer Stadt Jugoslawiens gesucht. Bewerber müssen jahrelange Erfahrung in der selbständigen Erzeugung erstklassiger Industrielaacke nachweisen können. Freie Wohnung und glänzende Verpflegungsmöglichkeit. Ausführliche Offerte mit Zeugnisabschriften, Bild und Gehaltsansprüchen an

Heinrich Rüge, Wien XVIII, Wallrisstraße 39.

Stellengesuche Reinmädchenen

Wohnraum, Ausbesserungen, Inge. u. Umbauarbeiten, manuell, nach Gutdünken, an erst. im Wohnhausgebäude der Stadt Berlin, Fildinstr. 9, Tel. 3726 (S-S).

Reichswehrministerium und Fall Buchruder. Ein politischer Skandal.

Der Fall Buchruder ist unseren Lesern durch die „Berichtigte Berichtigung“ der Nachrichtenstelle im Reichswehrministerium in frischer Erinnerung. Man erinnert sich wohl auch noch, daß am Schlusse der Zeitschrift, in der Herr Major Giebel seine eigene Berichtigung widerrief, der Wunsch geäußert war, diesen Fall vorläufig nicht weiter zu erörtern. In unserem Bedauern sind wir nicht in der Lage, dieser vom Standpunkt ihres Verfassers sehr berechtigten Bitte zu entsprechen, sondern die Pflicht der Öffentlichkeit gegenüber zwingt uns, folgende Zeitschrift von unterrichteter Seite hier mitzuteilen:

Wie vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, hat sich Major Buchruder unserem kottbuser Vortragsorgan, der „Märkischen Volkstimme“, gegenüber dreist-höhnend gerichtet, daß seine Vorgesetzten etwa mit ihm geplanten Kommandowechsel absichtlich hinweggeschoben hätten, um den Schein zu vermeiden, als ob er das Ergebnis der von der Sozialdemokratie gegen ihn gerichteten Angriffe gewesen sei.

Dieses offene Eingeständnis militärischer politischer Partei-nahme zugunsten eines schwer belasteten Kadetten, der schon längst an die frische Luft und auf die Anklagebank gehört hätte, war in mehr als einer Beziehung interessant. Wie die „Märkische Volkstimme“ immer wieder bestimmt versichert, hat der Reichswehrminister Dr. Geyler auf Grund der Berichte über das unehrerliche Verhalten des Majors Buchruder während der Kapp-Zage in Kottbus bereits im Mai dessen Beurlaubung befohlen. Die vorgesehene Dienststelle des Majors haben diesen Kapp-Befehl aber nicht nur nicht ausgeführt, sondern darüber hinaus auch die bestmögliche Verzögerung hinausgeschoben, um der Sozialdemokratischen Partei, die auf Befestigung dieses militärischen Unredens und Schandlings drängte, einen Streich zu spielen.

Die „Märkische Volkstimme“ bezeichnet das Dementi der Nachrichtenstelle als einen „dreifachen Schwindel“. Wir möchten hinzufügen, daß der Widerruf dieses Dementis erzwungen wurde durch den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, den Unterstaatssekretär Genossen Stoll, der mit Recht aufs äußerste darüber empört war, daß ein derartiger falscher Bericht über die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses ohne sein Vorwissen in die Öffentlichkeit gelangte. Die tatsächliche Lage ist die: Durch eine Reihe unglücklicher Zufälle, weil ein mit der Untersuchung in Sachen Buchruder betrauter Zivilreferent sein Amt abgab, ein anderer durch Unfall für längere Zeit arbeitsunfähig wurde, hat sich die Untersuchung bisher verzögert. Von einer Entloftung Buchruders kann keine Rede sein. Und auf die Befehle des Reichswehrministers wird gebliffen.

Haenisch und die Marburger.

Eine Beschwerde-Deputation beim Minister.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt:

Rektor und Deputation der Marburger Philipps-Universität sind beim Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung wegen seiner Äußerung über die Marburger Studien anlässlich der Sitzung, die in einem Berliner Abendblatt vom 7. Juli gehalten hat. Nachdem auch von Seiten der Studentenschaft mehrfach die Berechtigung der Anschauung des Ministers über die Schuld der Marburger Studenten an den besprochenen Ereignissen in Thon gestrichelt worden, wird auf Grund der Eingabe der Marburger Universitätsbehörde erneuter Prüfung im Ministerium unterliegen. Falls die nachmalige Prüfung ein verändertes Bild ergäbe, würde der Minister selbstverständlich bereit sein, diesem Umstande Rechnung zu tragen.

Die moralischen Unterstufungsaktionen für die Täter von Thal werden geradezu grotesk. Ein paar hundert bis an die Zähne Bewaffnete haben 15 Wehrlose erschossen, weil sie sich angeblich nicht anders zu helfen wußten! Das ist der nackte Tatbestand, von dem keine Maus den Faden abbeißt. Für diese Gesellen, an deren Hintern das Blut von 15 Volksgenossen fließt, legen sich Professoren, Professoren usw. ins Zeug, als ob es die Blüte aller Unschuld zu retten gälte. Eine Verurteilung des Rechtsempfindens bei sogenannten „Gehärdeten“ tritt hierzulande, die schämmer nicht gebotet werden kann. Und wenn man sich auf den Freispruch des Kriegsgerichts beruft, so erklären wir, daß Kriegsgerichte auf öffentliche Anerkennung ihrer Urteilsprüche jeden, aber auch jeden Anspruch vermissen haben.

Militärjustiz.

Verhaftete Mordbuben nicht zu ermitteln.

Ein unglaublicher Fall, der das Wesen der Militärjustiz aufs neue grell beleuchtet und die Notwendigkeit ihrer sofortigen Abschaffung zeigt, wird von der „B. a. M.“ mitgeteilt: Am 8. März, wenige Tage vor dem Kapp-Putsch, wurde in Osnabrück eine Versammlung der Friedensgesellschaft durch bewaffnete Angehörige des Freikorps Vichschlag gesprengt. Dabei wurde der 24jährige Ordner Erich Knüpke durch den Revolverbeschuss eines dieser Banditen so schwer verletzt, daß er heute ein völliger Querschnitt ist. Durch die privaten Nachforschungen der Osnabrücker Friedensgesellschaft wurde der Ulan Effer als der Täter festgestellt, der vor Zeugen ein Geständnis ablegte. Effer wurde am 20. Mai verhaftet, aber am 21. bereits wieder aus der Haft entlassen, weil Kladderhahn nicht vorlag. Dann wurde es still. Jetzt, am 10. Juli, erhielt der Verletzte folgendes Schreiben:

Bericht der Reichswehrbrigade 10, Kottbus, den 2. Juli 1920.
III. B. Nr. 488/20.

L.

dem Bittgesuchen Herrn Erich Knüpke.

In der Untersuchungssache gegen Unbekannt wegen Körperverletzung wird Ihnen mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt wird, da alle Ermittlungen nach dem Täter bisher ohne Erfolg geblieben sind. Weitere Ermittlungen sind aber ausgeschlossen, da das Reichswehr-Schützen-Regiment 107 inzwischen aufgelöst und die Mannschaften größtenteils entlassen sind.

(Siegel) (Unterschrift unleserlich)

Angeht es dieser Darstellung müssen wir daran erinnern, daß es einen § 346 des Reichs-Strafgesetzbuches gibt, der folgendermaßen beginnt:
Ein Beamter, welcher vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt oder bei Vollstreckung der Strafe mitgewirkt

hat, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, wenn er in der Absicht, jemand der gesetzlichen Strafe schuldlos zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt.

Es muß in eine Prüfung eingetreten werden, ob und wie weit diese Strafandrohung gegenüber den Gerichtspersonen der Reichswehrbrigade 10 in Anwendung zu gelangen hat.

Wie „rote Armeen“ entstehen.

Das „U. L. V.“ im Dienste reaktionärer Stimmungsmache.

Hamburg, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Am Sonnabend fand in Hamburg eine Versammlung der U. L. V. Betriebsräte statt, in der Richard Müller und Koenen über die soziale Organisation sprachen. Man beschloß, in Hamburg eine ähnliche Organisation zu gründen und sie an Stelle anzuschließen. Das U. L. V. verbreitet dazu einen Bericht, in der Versammlung sei als Hauptziel beschlossen worden die Propagierung des Generalstreiks zur Herbeiführung der Diktatur des Proletariats. Ein anderer Bericht sagt wörtlich:

„Wie wir erfahren, fand am Sonnabend eine Zusammenkunft der Führer der „roten Armeen“ von Groß-Hamburg statt, um über die Abfassung und Durchführung eines Mobilisierungsplanes zu beraten.“

Sowohl die erste wie die zweite Meldung sind durchaus unzutreffend. In der Versammlung ist ein dahingehender Entschluß überhaupt nicht gefaßt worden. Was die Rote Armee anbetrifft, so wird bereits seit geraumer Zeit von bekannter reaktionärer Seite, die am Kapp-Putsch in Hamburg hervorragend beteiligt war, in Spitzelberichten und in der reaktionären Presse von einer Roten Armee in Groß-Hamburg, von Beratungen und sogar von Übungen gesprochen. Soweit bisher festgestellt worden ist, stellen diese Sensationsmeldungen namenlose Uebertreibungen dar. Von einer Roten Armee in Groß-Hamburg kann gar keine Rede sein. Es ist hier alles in schönster Ordnung. Die Meldungen sind lediglich als reaktionäre Stimmungsmache aufzufassen.

Schiller läßt in der „Jungfrau“ seinen König Karl verzeihen: „Kann ich Armeen aus dem Boden stampfen?“ Die Reaktionen haben dieses Problem längst gelöst. Sie stampfen alle Tage Rote Armeen aus dem Boden — freilich nur Phantast-Armeen.

„Ein Stück bunten Tuches.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ weist den Vergleich zwischen den Angriffen auf die deutsche Delegation in Versailles und den Vorkommnissen vor der französischen Botschaft in Berlin mit der Bemerkung zurück, daß es in Versailles sich um Menschenleben gehandelt habe, bei der französischen Botschaft aber um ein „Stück bunten Tuches“.

Diese Gegenüberstellung muß einigermaßen verwundern in einem Blatt, das bisher stets die Ansicht vertreten hat, jeder Deutsche müsse sich für ein Stück buntes Tuch freudigen Herzens torstücken lassen. Sonst sieht also das „Stück bunten Tuches“ der „Deutschen Tageszeitung“ weit über Menschenleben. Logik ist eben nie die starke Seite der Chaubinisten gewesen.

Spizel und unabhängiger Reichstags-abgeordneter.

Wendelin Thomas' Identität festgestellt.

Bremen, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die „Freiheit“ bezweifelt in ihrer Sonntagsausgabe die Identität des unabhängigen Reichstagsabgeordneten Thomas (Lugsburg) mit dem Wilhelmshavener Soldatenrat Thomas, der nach Mitteilung des unabhängigen Bremer Blattes dort mit der Ledspinnerei Schröder-Wahnke aufs engste zusammengearbeitet hat. Die unabhängige Bremer Arbeiterzeitung teilt aber heute mit, daß ihr die U. L. V. Zentrale in Berlin bereits am Sonnabend die Identität des Thomas bestätigt habe. Der Zweifel der „Freiheit“ war also unecht. Im übrigen wurde die Identität bereits ungewiß gemacht im „Bremer Volksblatt“ durch den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hülich festgestellt, der dem Thomas und der Schröder-Wahnke bereits zur Nützzeit in Wilhelmshaven dort gegenübergetreten war und den jetzigen unabhängigen Reichstagsabgeordneten im Reichstag wiederzusehen Gelegenheit hatte.

Heber das Auftreten der Schröder-Wahnke und ihrer unabhängigen Aufseher, darunter des jetzigen Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomas, macht Genosse Hülich im „Bremer Volksblatt“ sehr interessante Mitteilungen, aus denen wir einiges im Auszug wiedergeben:

Die Ledspinnerei Schröder-Wahnke tauchte eines Tages in Wilhelmshaven auf und stellte sich als verfolgte russische Genossin vor. Nach dem Siege der Sowjets in Rußland war das an sich eine recht zweifelhafte Sache, aber die damals tanangebenden U. L. V.-Leute fielen blind auf die zweifelhafte Frau herein.

Es dauerte ebenfalls keine drei Tage und die Schröder-Wahnke lag im Hauptquartier des von der U. L. V. beherrschten revolutionären Vier-Mates in Wilhelmshaven. In einer Frauenversammlung, die weibliche Mitglieder für den Vier-Mat bestimmen sollte, wurde auch sie zur Wahl vorgeschlagen. Als die Frauen nicht geneigt waren, sie zu wählen, legten sie wieder U. L. V.-Leute ins Mittel und drückten schließlich die Wahl mit der Drohung durch, daß die Schröder, wenn sie nicht gewählt werden sollte, einfach Kraft der ungeschriebenen Rechte des revolutionären Vier-Mates zu deren Mitglied ernannt werden würde.

Erst nach und nach gelang es, die Schröder-Wahnke, die einen ganz gefährlichen Einfluß ausübte, hinauszuverjagen. Sie machte darauf gemeinsame Sache mit den Kommunisten, und als am 27. Januar 1919 die Reichsrepublik Wilhelmshaven ausgerufen wurde, spielte sie neben dem berühmtesten Seher-John eine bedeutende Rolle in dem sogenannten Aktionskomitee. Dieses Aktionskomitee hat den zweifelhafte Ruf, in Wilhelmshaven dafür gesorgt zu haben, daß es zu Subversivitäten kam. Seine Hauptauftragten beraubten die Reichsbank, und der dadurch entstandene Schaden, besonders der anfänglichen Elemente unter den Soldaten führte schließlich zu einer regelrechten Belagerung und Besetzung der Landwehr-Kaserne, aus der dann am Schluß mit den übrigen Kaserneoffizieren auch die Schröder-Wahnke abgeführt wurde. Der Erfolg waren sieben Tote, zwei Soldaten und fünf Arbeiter.

Schon letztens mußte jeder, der auch nur ein paar Jahre in der Arbeiterbewegung stand, das Gefühl haben, daß die Schröder-Wahnke eine sehr zweifelhafte Persönlichkeit sei, der gegenüber die größte Paranoia walten mußte. Sie selbst hatte dafür auch ein außerordentlich feines Empfinden, denn sie ging insbesondere unseren Genossen von der alten Sozialdemokratischen Partei in großem Maße aus dem Wege. Im Gegensatz dazu wurde sie von den U. L. V.-Leuten gefördert und gelobt. Nicht nur die Kommunisten Söhner, Heiger und andere waren ihre Förderer, sondern auch besonders der heute unabhängige Reichstagsabgeordnete in Lugsburg und der jetzige unabhängige Reichstagsabgeordnete Thomas in Lugsburg. Der letztere fand auch zu ihr in persönlichen recht eigenartigen Beziehungen.

Vom Internationalen Arbeitsamt.

Ueber den Stand der Arbeiten zur Organisation des Internationalen Arbeitsamts erhalten wir folgenden Bericht: Das Internationale Arbeitsamt ist bekanntlich wie der Völkerbund durch den Versailler Friedensvertrag ins Leben gerufen. Es ist in den ersten Junitagen von London nach Genf übergeschifft. Zur Zeit seines Umzuges befand sich der größere Teil seines Personals auf der Seemannskonferenz in Genoa. Seine Rückkehr zum neuen Sitz soll von der schweizerischen Regierung als offizieller Empfang benutzt werden. Die Presse der helvetischen Republik begrüßt die Abreise ihres Bundesrates, wohl in der ganz richtigen Erkenntnis, daß das Arbeitsamt bald zu einem der wichtigsten weltpolitischen Machtfaktoren werden wird.

Das Arbeitsamt hat in dem Genfer Vorort Pregny in einer internationalen Unterrichtsanstalt Unterkunft gefunden. Mit ihren 160 Räumen dürfte es vorläufig die Bedürfnisse genügen. An Stelle des in Genoa weilenden Direktors Albert Thomas empfing dieser Tage der zweite Direktor die Vertreter der Presse, um ihnen einige Auskunft über die Organisation des Amtes zu geben. Der 2. Direktor, Herr Butler, war während des Krieges einer der erfahrungreichsten Berater des englischen Arbeitsparlamentarischen Amtes.

Die Teilung des Internationalen Arbeitsamtes hat sich nach Art der Regierung ein Kabinett geschaffen, dessen „Kabinettschef“ der französische Journalist Lemercier ist. Die wichtigste Abteilung ist die diplomatische Sektion unter der Leitung des Iränders Dr. B. Helan, der die Durchführung der internationalen Abkommen und der Arbeiterbestimmungen überwachen soll. Eine wissenschaftliche Sektion, die demnächst ein besonderes Organ herausbringen soll, untersteht dem amerikanischen Statistiker Dr. Royal Meeker. Als technische Abteilungen sind bis jetzt eingerichtet eine für Arbeitslosigkeit, die dem bekannten belgischen Professor Paries untersteht, eine andere für Aus- und Einwanderung, die der Kommandeur Ribelli leitet, und eine für die Seefahrt, die den Herren Mandall, einem Engländer, und dem Italiener Dr. di Cassigione untersteht. Zu diesen Abteilungen kommen noch die für die Unternehmung der russischen Zustände unter dem Italiener Dr. Bardo und die für Genossenschaftswesen unter dem französischen Genossenschaftler Dr. Fauquet, dann schließlich die für Versicherungswesen, welche von dem früheren Redakteur des holländischen Blattes „Het Volk“ De Roope geleitet wird. Eine besondere Presseabteilung untersteht dem früheren Genfer Redakteur Dr. Martin. Der Bericht schließt sich, vorderhand wenigstens, in französischer und englischer Sprache.

Das jetzige Personal von etwa 150 Köpfen dürfte auf die Dauer nicht ausreichen. Das Internationale Arbeitsamt wird sich die nächste Zeit noch durch am Orte selbst gewählte Hilfskräfte ergänzen müssen. Der Seemannsclub besteht zu drei Vierteln aus Engländern, zu einem knappen Viertel aus Franzosen und Belgiern, wozu noch einige Schweizer, je ein Holländer, Litauer und Däne kommen. Der englisch sprechende Teil entspringt in der Hauptsache Regierungsdienstern. Aus der Gewerkschaftsbewegung sind, soweit es sich übersehen läßt, nur zwei hervorgegangen, nämlich der einigste Deutsche und ein Franzose. Wie man sieht, ist das Arbeiterelement im Arbeitsamt noch schwach vertreten, eine Ungleichheit, die sich wohl in dem Maße vermindert, als mit der praktischen Arbeit begonnen wird.

Andernfalls wird auch das Internationale Arbeitsamt ebenso wie der Völkerbund in seiner jetzigen Zusammensetzung seinen Aufgaben nicht gerecht werden können und zu der gleichen Unfruchtbarkeit verurteilt sein.

Staslo der Franzosenfreunde in Saarbrücken.

Saarbrücken, 18. Juli. (B. V. N.) Bei den Kommunalwahlen in Saarbrücken, das 120 000 Einwohner hat, sind infolge des eigentümlichen Wahlsystems, bei dem jeder Wähler 60 Stimmen hatte, 2 140 749 gültige Stimmen abgegeben worden. Es haben erhalten: Deutschfranzösische 51 178, Sammlungsbund Demokratisch-Sozialistisch 374 318, Zentrum 633 153, Mehrheitssozialisten 493 806, Unabhängige 374 091, Wirtschaftliche Vereinigung der Saarländer (Franzosenfreundliche Partei) 21 208 Stimmen. Es entfallen demnach an Stimmen auf Deutschfranzösische 1, Sammlungsbund 16, Zentrumsbund 19, Mehrheitssozialisten 14, Unabhängige 10, Wirtschaftliche Vereinigung 0. Ungefähr 5000 Personen mit 300 000 Stimmen haben nicht gewählt.

Die deutsche Irredenta.

Notzfrei aus dem Soldauer Land.

Königsberg i. P., 18. Juli. (B. V. N.) Mehr als 1500 deutsche Männer, die aus dem Soldauer Gebiet in den letzten Wochen flüchten sowie Hab und Gut und ihre Angehörigen verlassen mußten, um der rechtswidrigen Eingliederung zum polnischen Staatsdienst zu entgehen, haben an den Oberpräsidenten die dringende Bitte gerichtet, alles daran zu setzen, um Soldau und Umgebung, einen Teil des ehemaligen Kreislands Reidenburg, für Deutschland zu retten. In dem Gesuch heißt es: „Im Kreis Reidenburg stimmten 95,5 Proz. für Deutschland. Das Soldauer Land ist noch heute nach dem Willen der Bevölkerung rein deutsch und wird es bleiben. Wir werden uns nie dem polnischen Joch fügen. Helft uns, rettet uns aus unserer großen Not!“

Judenheße im Ostseebad Cranz.

Im Ostseebad Cranz hat sich gegen einen Teil der Kurgäste eine Agitation entfaltet, die sich als eine ganz gewöhnliche Judenheße rohester Form darstellt. Veranlaßt wird sie namentlich von Ausländern, das heißt von baltischen Baronen, denen der Deutschvölkische Schutzbund zur Seite steht und der seinerseits die Schuljugend vorführt. Der Amtsvorsteher in Cranz ist von der aufgehetzten Menge verprügelt worden, weil er sich gegen diese Agitation gewendet hat.

Süßwasser-Orbitalschaltungen. In Steiermark befehlen 1000 bewaffnete Süßwasser zwei Ortschaften, obwohl deren Schicksal durch die Grenzregulierungskommission noch nicht festgelegt ist. Die deutsch-österreichische Regierung hat dagegen Protest bei der britischen Militärmission erhoben.

Wer war in Didenhofen? In einer Eingabe an das Kriegsministerium hat ein Genosse schwere Anschuldigungen gegen den letzten deutschen Stellungskommandanten von Didenhofen General Conto, den Bezirkskommandanten Mohr und den Hauptmann Charisius von der Kommandantur erhoben. Es wurde ihnen schwere Verletzung ihrer militärischen Dienstpflichten vorgeworfen. Nach herbitlichen Klüßern drehte man den Spieß um und stellte den Verfasser der Eingabe unter Anklage. Alle diejenigen, die über das Verhalten der genannten Offiziere im Sinne der Beschwerde etwas wissen, werden gebeten, Mitteilung an Rechtsanwalt Dr. Halpern, Berlin N. 9, Potsdamer Straße 4, gelangen zu lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Frankfurt a. M., 16. Juli.

Am 5. Verhandlungstage wird die Generaldebatte über die Statutenberatung beendet und das Material der Statutenberatungskommission überwiesen.

Ueber den 3. Punkt der Tagesordnung: Tarif- und Lohnbewegungen spricht Verbandsvorsitzender Bucher, Berlin. Zurzeit bestehe für das Buch- und Steindruckereihilfsgewerbe kein Reichstarif, sondern die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolge nach Ortsstarifen. Der Verbandsvorstand war mit Erfolg bemüht, die ungleichen Verhältnisse in den einzelnen Orten zu verbessern. In letzter Zeit ist es allgemein dringender Wunsch, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen zentralstariflich geregelt werden sollen, ohne daß dabei die günstigen Verhältnisse in den einzelnen Orten beeinträchtigt werden. Es ist dabei die Frage zu prüfen, ob es zweckmäßig ist, einen Mantelstarif für das gesamte graphische Gewerbe anzustreben, was wohl die idealste Lösung wäre. Ein weiteres Bestreben muß sein, die 46 stündige Arbeitszeit durchzusetzen. Unter allen Umständen muß aber erreicht werden, daß wir in die beiden Haupttarife des Gewerbes, in die Buchbinder- und Steindruckertarife hinein kommen. Die allgemeinen Bestimmungen des anzustrebenden Reichstarifes müßten nach nachstehenden Gesichtspunkten erfolgen: Als Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen gelten alle im technischen Betriebe der Buch- und Zeitungsdruckereien ganz oder teilweise beschäftigten Personen, welche die in diesen Betrieben ausgeübten Berufe nicht ordnungsgemäß erlernt haben. Als geübte Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen gelten diejenigen Personen nach vollendetem 17. Lebensjahre, die eine mindestens einjährige Berufstätigkeit nachweisen können.

Die Regelung der Lehrlingsfrage muß ein Bestandteil des Tarifes sein. Eine fach- und fachgemäße Ausbildung der Lehrlinge muß erfolgen. Hilfsarbeiterinnen dürfen an Maschinen mit Fußbetrieb und an Notationsmaschinen nicht beschäftigt werden. Dem weiblichen Hilfspersonal sollen keine Arbeiten zugewiesen werden, die dessen körperliche Kräfte überschreiten. Die Lehrzeit für Anleger und Anlegerinnen an Schnellpressen muß ein Jahr betragen.

Ueber die Annahme oder Ablehnung des Reichstarifes soll die Kollegenschaft in einer Urabstimmung entscheiden. In der darauf folgenden Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt bekennt sich die Opposition als grundsätzlicher Gegner des Tarifweises.

Münchener-Kollegen: Die Kollegen in der Provinz haben ein großes Interesse an der Schaffung eines Reichstarifes. Die Löhne in München, Magdeburg und anderen Orten sind sogar noch weit über den Tarif hinausgegangen. Die Kollegen in Berlin konnten aber trotz ihres Radikalismus diese höheren Sätze nicht erreichen. Die Berliner Kollegen sollten den höheren nur nicht mit ihrem Räteystem kommen, die wissen, wie es in der Praxis aussieht, die haben mehr als genug davon. Die revolutionären Räte in Bayern scheuten sich nicht, ihre eigenen Arbeitskollegen ins Gefängnis zu stecken. Die Diskussion wird in der Samstagtagung fortgesetzt.

Frankfurt am Main, den 17. Juli 1920.

Am 6. Verhandlungstag spricht Grafmann (Berlin), Vertreter des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes: Es ist grundsätzlich, daß die Tarifgemeinschaften nur einseitig, und zwar dem Unternehmer nützlich, denn die darin festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten auch für eine eventuelle Krise. Dabei ist ferner zu berücksichtigen, daß gerade Auslandsprodukte mit stabilen Preisen auf den Weltmarkt kommen müssen, um konkurrenzfähig zu sein und das hat die Unternehmerrchaft mit beeinflusst, den Tarifgemeinschaften näherzutreten. Keiner der Opponenten hat gesagt, was er an Stelle der Tarif- und Arbeitsgemeinschaften setzen will. Die Opposition steht immer nur das allgemeine Ziel, wir aber rechnen dabei noch mit den realen Tatsachen. Erst wenn wir die schwere Arbeit der Revolutionierung der Köpfe geschafft haben, dann können wir zur Revolutionierung der Wirtschaft, zur Ueberführung der privatkapitalistischen Produktion in die sozialistische Bedarfs- und Gemeinwirtschaft übergehen. Unser Ziel ist dasselbe, uns trennen nur die Wege und die Methoden, dieses Ziel zu erreichen. Wir müssen uns auf das konzentrieren, was uns einigt, nicht auf das, was uns trennt, getragen von dem ehrlichen Bewußtsein, der Gesamtheit zu dienen. (Lebhafter Beifall.)

Seitz (Berlin), Verbandsvorsitzender der Buchdrucker, spricht über

Lohn- und Tarifverhältnisse bei den Buchdruckern

und teilt für Schaffung eines Tarifes auch für die Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterchaft ein.

Der Vorstand legt in der Frage des Tarifes eine Resolution vor, die im wesentlichen besagt, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Hilfsarbeiterchaft im graphischen Gewerbe auf zentraler Grundlage geregelt werden sollen. Ohne in dem Abfchluß von Tarifverträgen das alleinige Mittel zu erklären, durch welches die Forderungen der Arbeiterchaft restlos erfüllt werden können. Die geplante Schaffung eines für alle graphischen Arbeitergruppen gültigen Mantelstarifes ist anzustreben und falls dieser nicht zustande kommt, eine tarifliche Regelung für die Hilfsarbeiterchaft bei dem Neuabschluß der Gehilfenstarife im Buch- und Steindruckgewerbe.

Für den eventuellen Abschluß eines besonderen Reichstarifes der Hilfsarbeiter werden folgende Richtlinien aufgestellt: Gleichstellung der allgemeinen Arbeitsbedingungen (Arbeitszeit, Feiertags- und Ueberstundenbezahlung, Ferienfreistellung, § 616 B.G.B., Schutz der Vertrauensleute usw.) mit denen der Geheften. Regelung der Löhne nach den jeweiligen Lebensverhältnissen in entsprechend kurzen Zeitabschnitten. Anpassung der Minimallohne an die der Geheften, unter Berücksichtigung der Wirtschaftslage.

Mit 86 gegen 12 Stimmen wird diese Resolution angenommen.

Nur die Berliner Opposition stimmt darauf; die der Opposition angehörenden Berliner Angestellten stimmen aber dafür.

Die dann vorgenommene Vorstandswahl zeitigt folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Bucher (Berlin), 75 Stimmen; 2. Vorsitzender Hornke (Berlin), 58 Stimmen; Kassierer Lohoff (Berlin), 55 Stimmen; Redakteur Schulze (Berlin), 81 Stimmen.

Für den Posten des 2. Vorsitzenden hatte die Opposition Grafmann (Berlin) vorgeschlagen, der aber nur 38 Stimmen erhielt. Die Verhandlungen werden auf Sonntag vertagt.

Richtung, S. P. D.-Metallarbeiter!

Die Fraktionsführung der Betriebsräte und Vertrauensleute findet heute 5 Uhr in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31, Betriebsrätesekretariat S. P. D.

Das Streikrecht.

Unter dieser Ueberschrift bemerkt sich in der „Deutschen Tageszeitung“ der Geheimrat Justizrat Dr. Th. Wolff, Kammergerichtsrat a. D., um den authentischen Nachweis, daß das vom Landgericht II in Berlin gegen den Zentralverband der Angestellten gerichtete Verbot, den Streik der Berliner Angestellten zu leiten, Streikgelehrte zu zahlen und Streikpostendienste zu organisieren usw., auf rechtlicher Grundlage basiere, denn der Streik sei die vertragswidrige Einhellung der Arbeit oder Dienstleistung innerhalb eines in fortgesetzten Leistungen bestehenden gegenseitigen Vertrages. Der Herr Kammergerichtsrat a. D. sucht sogar der heutigen Zeit an Hand reichgerichtlicher Entscheidungen begründet zu machen, daß der Streik eine Verletzung des Rechts ist.

Der dankt sich da nicht in die Zeit der seligen Buchhausvorlage verlegt, die wohl dem Unternehmer das Recht erhöhter Ausbeutung zuerkannte, aber die Arbeiterklasse mit dem Zuchthaus bedrohte, sobald sie durch das Mittel der Arbeitsniederlegung sich dagegen zur Wehr setzen wollte. Kein, Herr Geheimrat Justizrat, diese einseitige Verfassung des Landgerichts II ist nicht anderes als eine Fessel gegenüber dem elementaren Recht der Arbeiterklasse, durch das Mittel der Arbeitsniederlegung sich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen. Diese Verfassung ist ein Analogon des berühmten englischen Test-Bales-Urteils, der vor beinahe zwei Jahrzehnten nicht nur das englische Völkerverbot, sondern die Arbeiterklasse aller Kulturländer in berechtigter Empörung versetzte. Will Herr Dr. Th. Wolff dieser Verfassung durch juristische Konstruktionen eine rechtliche Unterlage geben, so mag er es tun, die Leser der „Deutschen Tageszeitung“ werden hierfür wahrscheinlich einiges Verständnis haben. Von der Wehrheit des deutschen Volkes wird sie jedoch als eine durchaus einseitige, lediglich die Unternehmerrchaft begünstigende Maßnahme gewertet werden.

Drohender Streit

der Angestellten in den Lebensmittelgeschäften.

In den Kolonialwaren, Konserven, Feinsolt-, Fisch-, Käsewaren-, Milch-, Geflügel- und Schokoladengeschäften wird in den nächsten Tagen ein erbitterter Kampf entbrennen. Am 31. März ist der Tarifvertrag mit den Arbeitgebern abgelaufen. Der Vertreter der Arbeitgeber bei den ersten Verhandlungen, Herr Dr. Kohlenberger, hat es verstanden, dem Zentralverband der Angestellten vorzutauschen, die Arbeitgeber beteiligen sich an den Tarifverhandlungen der Arbeitergemeinschaft im Einzelhandel. Im April 1920 wurde endlich festgestellt, daß die Arbeitgeber der Lebensmittelbranche gesondert verhandeln wollen. Man bot uns einen Stundenlohn von 1,55 M. für Verkäufer an und dieser Lohn sollte erst vom 1. Juni 1920 ab gelten. Dieses unerschämte Angebot führte zum Abbruch der Verhandlungen. Da es sich um lebenswichtige Betriebe handelt, wurde seitens des Zentralverbandes der Angestellten das Reichsarbeitsministerium angerufen. Dieses beauftragte den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, ein Schiedsgericht einzusetzen. Der gefällte Schiedsspruch wurde seitens der Angestellten angenommen, trotzdem auch diese Höhe noch nicht zur Deckung der allernotwendigsten Bedarfsartikel ausreichte. Die Arbeitgeber lehnten den Schiedsspruch ab und neue Verhandlungen wurden aufgenommen; auch der Demobilisations-Ausschuß verhandelte mit den Parteien. Trotzdem die Angestellten die Löhne für die niedrigste Gruppe um 25 M. und für die höchste Gruppe um 100 M. reduzierten, wurde das Angebot seitens der Arbeitgeber abgelehnt. Um den Kampf im Interesse der Bevölkerung Groß-Berlins abzuwenden, versuchte der Zentralverband der Angestellten am letzten Sonntag nochmals mit dem Demobilisations-Ausschuß, Herrn Regierungsrat von Hoffmann, zu verhandeln. Die Verhandlungen wurden wieder seitens dieses Herrn abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium, Referent Herr Dr. Weidert, lehnte auch ein Eingreifen ab und erklärte zu unserem Organisationsvertreter: „Erfämpfen Sie sich bessere Löhne!“ Die Regierungshelfer zwingen uns also selbst zum Kampf. Jetzt bleibt kein anderer Weg für die Angestellten übrig, als in den Streik einzutreten.

Hausfrauen! Ihr könnt uns unerschöpfbare Dienste erweisen, indem Ihr jetzt schon Eure Lieferanten auf die Konsequenzen der Nichtbewilligung der Forderungen aufmerksam macht. Die Angestellten nehmen am Mittwoch abend 8 Uhr in den Sophien-Sälen zum Streik Stellung. Zentralverband der Angestellten.

Lebensmittel-Geschäftsinhaber! Vielfache Anfragen verlangen uns zu der Mitteilung, daß Erklärungen über Bewilligung des Tarifes nur von unserer Ortsgeschäftsstelle, Zentralverband der Angestellten, Pöste-Allianze-Strasse 7-10, Zimmer 15, entgegen genommen werden.

Neues Recht für die Betriebsräte im Ruhrbergbau.

Nach dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes veruchten die Bergwerksbesitzer die Aufgaben der Betriebsräte auf die Bestimmungen des Gesetzes zurückzuführen. Die Befugnisse der bisherigen Betriebsräte gingen erheblich weiter als das B. R. G., indem die Betriebsräte im Bergbau nach den vorjährigen Vereinbarungen auch die Grubenkontrolle der Sicherheitsmänner ausübten. Obwohl das Sicherheitsmännergesetz noch besteht, haben nach Einführung der Betriebsräte keine Sicherheitsmännerwahlen mehr stattgefunden. Es hätte zu praktischen Schwierigkeiten geführt, wenn einmal die Sicherheitsmänner, das andere Mal die Betriebsräte die Gruben kontrolliert hätten. Bei der Schaffung des Betriebsrätegesetzes wurde diese Aufgabe nicht berücksichtigt.

Wegen die Verletzung der durch die Entwicklung erworbenen Rechte wehrten sich die Betriebsräte und auch die Belegschaften ganz entschieden. Auf Veranlassung des Reichsarbeitsministeriums fanden Verhandlungen zwischen dem Gewerksverband und den der Arbeitergemeinschaft angehörenden Bergarbeiterverbänden statt. Diese Verhandlungen führten zur Vereinbarung von Richtlinien, die jedoch vom Verband Deutscher Bergarbeiter nicht angenommen wurden. Infolgedessen leitete der Reichskommissar Rehlisch in Dortmund neue Verhandlungen ein, an denen auch Geheimrat Pennhold vom preussischen Handelsministerium und die Oberbergräte Kieserling und Oberthum vom Oberbergamt in Dortmund teilnahmen. Die früheren Vereinbarungen wurden in wesentlichen Punkten abgeändert

und haben die Zustimmung der beteiligten Organisationen gefunden.

Wenn trotzdem auch die Richtlinien vielleicht nicht alle Wünsche erfüllen, werden in ihnen doch wesentliche Rechte für die Betriebsräte festgelegt, die weit über den Rahmen der bisherigen Bestimmungen und Vereinbarungen hinausgehen. So werden die Funktionen der Sicherheitsmänner auf den Betriebsauschüß übertragen und besondere Sicherheitsmänner nicht mehr gewählt. Alle Betriebspunkte können im Monat einmal regelmäßig besichtigt werden, wogegen das Sicherheitsmännergesetz nur eine zweimalige Besichtigung im Monat gestattete; doch sind auch außerhalb noch weitere Besichtigungen möglich. In der Regel sollen die Besichtigungen in Begleitung des verantwortlichen Beamten stattfinden. Der Betriebsauschüß ist jedoch berechtigt, ohne Begleitung eines Beamten die Grube zu betreten. Für Erledigung der schriftlichen und sonstigen Arbeiten kann der Betriebsauschüß wöchentlich einmal bis zur Dauer einer Schicht von seiner Berufsarbeit entbunden werden.

Felix Marquart, der Vorsitzende des „Verbandes deutscher Handlungsgehilfen“ (Leipzig), ist im Alter von 92 Jahren gestorben. Marquart war ein Vertreter des Harmoniegedankens, er glaubte an die Gemeinschaftlichkeit der Interessen von Arbeitgebern und Angestellten und suchte diese von jeder ernsthaften gewerkschaftlichen Tätigkeit fernzuhalten, was ihm auch bezüglich seines Verbandes, aber nicht bei der Masse der Angestellten gelang. Als „nationaler“ Sammellandwirt gelang es ihm 1912, als Abgeordneter für Eisenach in den Reichstag zu kommen, wo er sich den Nationalliberalen anschloß. Freilich mußte er hier die Erfahrung machen, daß selbst für seine bescheidenen sozialpolitischen Forderungen die Nationalliberale Partei nicht zu haben war. Häufig genug kam es vor, daß in einer sozialpolitischen Frage Marquart als einziger seiner Partei mit „ja“ stimmte, die übrigen geschlossen mit „nein“. So war seine Reichstagsstätigkeit nur ein großer Beweis für das Vergebliche des Versuches, zusammen mit den Unternehmern sozial zu wirken. Der Reichstagsabgeordnete Marquart war berufen, seine eigene Harmonielehre ab absurdum zu führen.

Achtung, Kollegen der Firma G. Lorenz, Tempelhof! Als ausbleibenden Kollegen und Kolleginnen mühen wochs Information zur Betriebsversammlung am Dienstag, den 20. d., vormittags 9 Uhr, im Betriebe bestimmt erschienen. Der Arbeiterrat.

Deutscher Transportarbeiterverband, Reichsbetriebe und Fernverkehrsgesellschaften, Dienstag, den 20. Juli, abends 7 Uhr, Kniebisplatz, Holzmärktchen 72 große Protestversammlung. Referent: Reichstagsabg. Gen. Brauning. Uebereinen aller Lohnempfänger obengenannter Betriebe dringend erforderlich. Die Branchenleitung.

Zentralverband der Angestellten, Jahrgruppe 14/15 (Eisen-, Metall-, Elektroindustrie und Handel). Die zum Mittwoch, den 21. Juli, angelegte Sitzung der Sektionsleitungen fällt aus. Neuer Termin wird noch bekanntgegeben. — Jahrgruppe 17 Id (Bekleidungsindustrie und Kontingentsgesellschaften). Versammlung 21. Juli, 7 Uhr, Gesellschaftshaus am Dackelstein Markt, Kolonnenstr. 36. — Jahrgruppe 17 (Angestellte in Lebensmittelgeschäften). Essenliche Versammlung 21. Juli, 8 Uhr, Sophienstraße, Sophienstr. 17/18. (Der Kampf unermüdlich.)

Deutscher Werkmittelverband, Clementen- und Batterieindustrie. Versammlung aller Angestellten am Dienstag, 20. d., abends 6 1/2 Uhr, bei Brandenburg, Straßauer Str. 3.

Soziales.

Vom Einkommen bei Reichsbehörden.

Wie niedrig oft das Einkommen bei Reichsbehörden Beschäftigter bemessen ist, zeigt folgende uns zur Veröffentlichung überlassene Liste: Als Schwerverletzte (Verlust des linken Fußes, was mir auch zugleich den Verlust meines Berufes brachte), bewarb ich mich mit den erforderlichen Papieren als Unterbeamter für den Konzeptionsdienst bei dem Finanzamt Niederbarnim-West. Dieses wurde auf unbestimmte Zeit abgelehnt, weil bereits eine größere Anzahl Bewerber vorgemerkter war. Dagegen wurde ich, um nicht in den Genuss der Beförderung der Unterbeamten zu kommen, als Hilfskraft angestellt.

Mein Einkommen legt sich wie folgt zusammen:

Tageslohn 7.— M. — monatlich	175 M.
Feuerungszulage monatlich	400 „
Sa. 575 M.	

In Abzug davon kommt:

Steuer 10 Proz.	56 M.
Anwalts- und Krankengeld	15 „
Für Benutzung der Bahn	85 „
Für Unterhalt	469 M.

In dieser ersten Zeit soll ich als 23jähriger Mensch mit 469 M. meinen Lebensunterhalt bestreiten. Meine Rente beträgt auch nur 174 M. Ein verheirateter Kollege erhält monatlich nur 100 M. mehr. Die anwesenden Damen, meist Töchter von Beamten, erhalten das gleiche Gehalt. In einem Fall erhält die Tochter eines älteren Beamten der höheren Belegschaftsreihe mit 1500 M. Einkommen im selben Hause ein höheres Gehalt als ich, o daß beide zusammen, Vater und Tochter, annähernd 2100 M. Einkommen haben.

Bei einer Behörde, wo solche Verhältnisse obwalten, muß der Geist der Zwietracht Einkehr halten. Ungerechtigkeiten, gepaart mit elenden Gehältern, bilden einen Nährboden für die Saat des Hasses; eine sozial einsichtige Reichsbehörde kann Zustände der hier geschilderten Art nicht dulden.

Aus aller Welt.

Schmuggelverbot des Bonifaziusklosters. Ein großer Grenzschmuggel gelegentlich der Ueberführung eines böhmischen Klosters nach der Schweiz. Bei dem außer hohen Papierwerten viele kostbare Kunstgegenstände, darunter ein Raffael im Werte von 6 Millionen Mark, außer Landes geschafft werden sollten, ist, wie aus München berichtet wird, durch das rechtzeitige Eingreifen Berliner Beamten des Dezernats zur Verhinderung der Kapitalabwanderung bereitet worden. Alle Sachen wurden von den Beamten beschlagnahmt und der Vater sowie der Kunsthändler Brand aus Bern, der an der Verhinderung hervorragend beteiligt war, festgenommen. Der Vater gab bei seiner Vernehmung zu seiner Entschuldigung an, daß er durch Einkäufe für ein Nonnenkloster große Verluste erlitten habe und daß er den erhofften Gewinn dazu benutzen wollte, diese Verluste für sein Kloster wieder zu beden.

Berichte für den redakt. Teil: Dr. Werner Heiler, Charlottenburg; Dr. Knippenberg, Berlin; Bericht: Eberhard-Dietrich G. m. b. H., Berlin; Druck: Norddeutscher Buchverlag u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Rosenstr. 3, Blatt 1. Postbez.

DIE GUTE MASSARY ZIGARETTE

urteilen Sie selbst